

Mai 2012

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 64 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 8

Wie mobil ist die
Autoindustrie?

ARBEIT SEITE 12

Über Geld redet man
nicht – oder doch?

LEBEN SEITE 24

Warnstreik: Welche
Rechte habe ich?

BEZIRK SEITE 28

Tarifrunde 2012
Wir haben's verdient!

6,5% mehr Geld.
Faire Leiharbeit.
Unbefristete Übernahme.

6,5% m
Faire L
Unbefristet

TARIF 2012
Wir haben's verdient

Aktuell

Veränderungen dauern: Noch elektrisiert das E-Auto nur wenige Fahrer. Die ersten Modelle laufen nur schleppend an. Viele Autokäufer schauen mehr auf Leistung als auf Verbrauch. Ein Gespräch mit Wolfgang Nieke, Daimler-Betriebsratvorsitzender am Standort Untertürkheim. **Auf den Seiten 8 bis 9»**

Arbeit

Kein Maulkorb: Viele Arbeitgeber stellen diese Angaben gern auf eine Stufe mit sensiblen Kundendaten und vertraulichen Betriebsgeheimnissen: das Gehalt ihrer Beschäftigten. Doch darf der Chef einen Arbeitnehmer vertraglich zum Stillschweigen verdonnern? Antworten gibt es in der Rubrik »Recht so«. **Auf Seite 12 »**

Titelthema

In den Startlöchern: In der Metall- und Elektroindustrie sind die Beschäftigten in den Betrieben startklar für Warnstreiks. Nach dem Ende der Friedenspflicht am 28. April kann es jetzt losgehen. Denn das erste Angebot, das die Arbeitgeber am 18. April, kurz vor Redaktionsschluss der metallzeitung, auf den Tisch gelegt haben, ist den Metallern zu dürftig. Fest steht: Sie haben mehr verdient.

Auf den Seiten 18 bis 21 »



Foto: Frank Rumpenhorst

Leben

Mobilisierung jetzt: Warnstreiks in den Betrieben werden immer wahrscheinlicher – befristete Arbeitsniederlegungen. Sie sind in Tarifrunden unverzichtbar und haben sich im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen bewährt. Doch was können Warnstreiks bewirken und sind sie rechtlich zulässig? Die Antworten darauf.

Auf den Seiten 24 und 25 »

Titelfoto: Thomas Range

Leiharbeit ist nie fair

metallzeitung 4/2012, Tarif-Titel und Abschied von Jakob Moneta

»Es gibt keine faire Leiharbeit. Leiharbeit ist, wie Norbert Blüm es ausdrücken würde ›mit Prostitution zu vergleichen«. Wir dürfen uns nicht damit abfinden. Wenn ich schon dabei bin, erlaubt mir noch ein paar Worte zu Jakob Moneta. Unser Kollege Willi Bleicher mahnte: ›Du darfst Dich nicht vor einem lebenden Menschen verbeugen.« Ich verbeuge mich gern voller Respekt vor solchen Kollegen wie Moneta und Bleicher. Moneta hat übrigens – neben dem von Euch erwähnten Engagement – auch gegen Kolonialismus und Apartheid in Amerika und Südafrika gekämpft.«

Mimoune Ghaouti, Gondelsheim

Solidarität ist wichtig

metallzeitung 4/2012, Tarif-Titel: Ein starkes Band der Solidarität

»Solidarität ist wichtig, auch international und mit anderen Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Das gegenwärtige wirtschaftliche und politische System, das auch der Bundespräsident vertritt, beruht

auf Egoismus, Konkurrenzkampf und die Durchsetzung der Interessen der wirtschaftlich Mächtigen gegen den Großteil der Bevölkerung. Wir sollten darüber keine Illusionen verbreiten.«

Uwe Schnabel, Coswig

Mehr Solidarität für Leiharbeiter

»Ich war schon Anfang der fünfziger Jahre Betriebsrats-Mitglied und appelliere an die heutigen Betriebsräte: Übt mehr Solidarität. Und stellt Euch hinter die Bemühungen der IG Metall, Leiharbeit zu begrenzen.«

Dagobert Henschel, Göppingen

Bitte mehr Rechtstipps

metallzeitung 3/2012, Gewerkschaftsbeiträge von Rentnern absetzbar

»Meist treten Kollegen aus der IG Metall aus, wenn sie das Rentenalter erreicht haben. Dabei wird vergessen, dass der Rechtsschutz im Sozialbereich verloren geht, etwa bei Rentenproblemen. Euer Tipp zur Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen bei der Steuererklärung ist gut. Bitte bringt mehr solcher Rechtstipps in unserer metallzeitung.«

Eckhard Hilse, Berlin

Anzeige

MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall



**Gemeinsam vorsorgen.
Besser leben.**

- Betriebliche Altersversorgung
- Private Riester-Vorsorge
- Absicherung von Berufsunfähigkeit

www.metallrente.de

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler,
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion metallzeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppberg, Ellen Klement, Fabienne Melzer, Heike Neumeister, Antonela Pelivan, Sylvia Stahl-Schindler
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld
www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800-446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es

ist leider nicht möglich, alle Leserzuschriften abzdrukken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die metallzeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. **Bestellung an:** metallzeitung@igmetall.de

Mehr und fair – jetzt kommt es auf uns an

DABEI SEIN

Die Metall-Arbeitgeber haben ein völlig unzureichendes Angebot vorgelegt. Nur mit einer starken Tariffbewegung erreichen wir ein angemessenes Ergebnis.



Foto: Frank Rumpfenhorst

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall:
»Arbeitnehmer haben einen fairen Anteil verdient.«

Groß angekündigt, klein ausgefallen – das Angebot der Arbeitgeber bei Metall und Elektro ist völlig unzureichend. Mit drei Prozent für 14 Monate erreichen wir gerade einmal den Inflationsausgleich. Das ist eine Provokation gegenüber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die engagiert die gute wirtschaftliche Entwicklung erst möglich gemacht haben.

2011 war ein außergewöhnlich erfolgreiches Jahr, auch in 2012 ist die wirtschaftliche Lage stabil. Deshalb fordert die IG Metall 6,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Von einem akzeptablen Ergebnis, das alle Arbeitnehmer fair an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt, sind wir also weit entfernt.

Die Hinhaltetaktik. Nur Ablehnung oder leere Worte gab es von der Arbeitgeberseite zu unseren qualitativen Forderungen.

Die notwendige Mitbestimmung der Betriebsräte gegen den Missbrauch von Leiharbeit wird schlicht abgelehnt. Diese rückständige »Herr-im-Haus-Mentalität« wird bei den Ausgebildeten fortgesetzt. Die IG Metall fordert die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung als Regel, die Arbeitgeber lehnen auch das rundweg ab. Als ob das immer noch nicht reicht, setzt man noch einen drauf: längere Arbeitszeiten sollen her.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen respektvolleren Umgang verdient. Wir werden jetzt für unsere berechtigten Forderungen einstehen – und zwar massenhaft und unmissverständlich. Die IG Metall ist bei einem fairen Angebot jederzeit zu Verhandlungen bereit. Bei den Vorschlägen, die aktuell auf dem Tisch liegen, kann es aber nur eine Antwort von uns geben: machtvoller Warnstreiks. ■

? FRAGE UND ANTWORT

Mit großem Interesse las ich den Artikel in der metallzeitung zum Thema »Fortbildungen, die der Arbeitgeber zahlt«. Auch ich habe einen Fortbildungsvertrag unterschrieben. Wie und wo kann ich prüfen, ob mein Vertrag wasserdicht ist?

Denise Schmotte, per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Eine vom Arbeitgeber formulierte Rückzahlungsklausel ist zulässig, wenn die von ihm bezahlte Fortbildung für den Beschäftigten von geldwertem Vorteil ist. Dies ist dann der Fall, wenn er bei seinem Arbeitgeber nach Abschluss der Fortbildung die Voraussetzungen für mehr Lohn erfüllt oder er die erworbenen Kenntnisse auch in einer anderen Firma nutzen könnte.

Zudem müssen die Vorteile der Ausbildung und die Dauer der Bindung im angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Arbeitgeberfinanzierte Fortbildungen werden immer beliebter. Wer sich unsicher ist, kann bei der IG Metall-Verwaltungsstelle prüfen lassen, ob sein Fortbildungsvertrag fair ist. Übrigens: Rechtsberatung für so einen Vertragscheck ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. ■



Foto: Omsky/Frontline

Gilt auch für Fortbildungsverträge: Die IG Metall vor Ort bietet ihren Mitgliedern kostenlose Rechtsberatung an.

VERLOSUNGEN – DIE GEWINNER

»Anders links sein«

Je ein Buch von Stefan Remeke haben gewonnen:
Michael Kraus, Regensburg | Peter Räuschel, Mannheim

Ruhrfestspiele 2012

Lösungswort: **Niedecken**
Je zwei Karten für das Stück »Tod eines Handlungsreisenden« haben gewonnen:
Ingo Bieschke, Büddenstedt
Ulrich Knöß, Egelsbach
Petra Evering und Andreas Winterkemper, beide Dortmund



Foto: Jim Rakete

»Tod eines Handlungsreisenden« wird am 15. Juni aufgeführt.

BILD DES MONATS

Rausgehen am 1. Mai

Am 1. Mai demonstrieren die DGB-Gewerkschaften für »Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit«. Vor 60 Jahren ging man für soziale Gerechtigkeit auf die Straße – wie hier auf dem Bild. Und es ging um Protest gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz der Regierung. Für die Gewerkschaften war es zu unternehmerfreundlich, weil es eine echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer verhinderte. Trotz des Widerstands trat es im November 1952 in Kraft. Es wurde dann jedoch auf Druck der Gewerkschaften schrittweise weiterentwickelt.

Tarifauftakt. Mehr Geld für alle Beschäftigten, mehr Mitbestimmung bei der Leiharbeit und feste Jobs für Azubis sind für die IG Metall heute die zentralen Themen zum Tag der Arbeit. Da am 28. April in der Metall-Tarifrunde die Friedenspflicht endete, ist der Mai-Feiertag auch Auftakt für die Aktionen zu den weiteren Verhandlungen. Berthold Huber spricht in Hamburg (Fischmarkt) und Detlef Wetzel am Rathaus in Singen. An der Alten Feuerwache in Salzgitter redet Bertin Eichler. Helga Schwitzer ist auf dem Burgplatz in Braunschweig zu hören. Christiane Benner redet in Göttingen (Schillerplatz), Jürgen Kerner in Kempten (Hirnbeinstraße). Hans-Jürgen Urban ist auf dem Frankfurter Römerberg zu hören.

Rednerliste mit Ort und Zeit:

▶ [www.igmetall.de/
erster-mai](http://www.igmetall.de/erster-mai)

Oder per
Smartphone
mit diesem
Bildcode:



Foto: DGB-Archiv im AdSD





Risiko Altersarmut

RENTE | Mit der Zuschussrente will das Arbeitsministerium Armut im Alter verhindern. Das nun vorliegende Modell dürfte vor allem die Versicherungswirtschaft freuen.

Boomende Minijobs und Leiharbeit, der Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 und der Wegfall vorzeitiger Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Erwerbsleben – vor den Folgen dieser Politik warnen Experten und IG Metall schon seit Jahren. Für viele Menschen wird sie mit Armut im Alter enden.

Für die Falschen. Daran ändert auch der Entwurf nichts, den Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen im März vorlegte. Sie will eine Zuschussrente einführen, die Hinzuerdienstgrenzen für Rentner lockern und bei der Erwerbsminderungsrente nachbessern.

Altersarmut wird sie damit nicht verhindern, kritisiert der DGB. Die Zuschussrente ist

auf einen engen Personenkreis beschränkt. Nur langjährig Versicherte, die privat vorgesorgt haben, können einen Zuschuss bekommen. Armut trifft im Alter oft jene, die im Erwerbsleben große Lücken haben. Die Zuschussrente, warnt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, dient jenen, die es nicht brauchen. Doch die, die den Zuschuss brauchen, gehen leer aus. Von der Zuschussrente profitiert aus seiner Sicht vor allem die Versicherungswirtschaft.

Denn die Ministerin schafft noch mehr Anreize, in die private Vorsorge zu investieren. Dieses Konstrukt benachteiligt die gesetzliche Rente gegenüber »Riester« und »Rürup«. ■
Fabienne.Melzer@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Benefizen mit Uschi Glas und 'ner deftigen Stulle

Kennen Sie benefizen? Damit machen unterbeschäftigte Alt-Stars von sich Reden, wenn es duster wird am Film-Himmel. Die einen adoptieren Waisenkinder in Mali. Die anderen versuchen sich als Gutmensch. Beispiel Uschi Glas: In Plasbergs Talkshow bewarb sie als Stullenschmiererin ihr Projekt »BrotZeit«, das Schulkinder mit Frühstück versorgt. So nah am Elend weiß die Samariterin, wie der Sozialstaat funktioniert. Brotzeit von Uschi, ja. Mehr Geld vom Staat, das will sie nicht. Wem soll sie sonst die Stulle schmieren, wenn alle genug zum Leben haben? Nein. Vom Staat lässt sich Uschi nicht die Butter vom Brot nehmen. ■



Vom Staat lässt sich Uschi nicht die Butter vom Brot nehmen.

ZAHLEN UND FAKTEN

35,8

Reichtum für wenige

Der Reichtum in Deutschland konzentriert sich auf wenige. 1970 besaßen die betuchtesten zehn Prozent der Bevölkerung 44 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. Inzwischen gehören ihnen 66 Prozent. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet. 35,8 Prozent des gesamten Vermögens ist in der Hand von nur einem Prozent der Bevölkerung.

2,5

Mehr Arbeit für alle

Das Erwerbsleben der Europäer dauert immer länger. Zwischen 2000 und 2010 hat sich die Lebensarbeitszeit der EU-Bürger im Schnitt um 1,6 Jahre verlängert, in Deutschland sogar überdurchschnittlich stark: um 2,5 Jahre. Insgesamt arbeiten die Menschen in der EU nach Angaben des Statistikamts Eurostat im Schnitt 34 Jahre und 6 Monate, in Deutschland 36 Jahre und 9 Monate.

50

Keine Pause für Kranke

50 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind 2011 im Laufe des Jahres mindestens zweimal krank zur Arbeit gegangen. Das zeigt eine neue repräsentative Umfrage für den DGB-Index Gute Arbeit 2012. Die komplette Studie ist nachzulesen unter:

► www.igmetall.de

→Arbeit



Foto: Salvador Sas / EPA / Picture-Alliance

Sparpolitik: Ignorieren oder demonstrieren? Die spanischen Arbeitnehmer entschieden sich für Letzteres.

Testlauf Südeuropa

EUROPA

Entlassungen, neue Steuern, weniger Geld – die Nachrichten aus Südeuropa ähneln sich. Obwohl die Sparpolitik die Krise nur verschärft, halten die Regierungen nicht nur daran fest. Sie gehen noch weiter. Nach Löhnen und Arbeitsplätzen stehen Arbeitnehmerrechte auf der Streichliste.

Es klingt wie das Elend aus einer anderen Zeit. »Menschen schrauben ihre Bedürfnisse zurück, um zu überleben, Kinder kommen hungrig in die Schule, manche nehmen sich das Leben, weil sie nicht mehr weiter wissen«, sagt Themistoklis Kotsifakis.

Der griechische Gewerkschafter ist auf Einladung deutscher Gewerkschaften in Deutschland. Gemeinsam mit Kollegen aus Spanien und Portugal berichtet er über die Lage in Südeuropa. Doch am Ende glaubt er offenbar selbst nicht daran, dass seine Worte dafür ausreichen: »Sie können sich nicht vorstellen, was es bedeutete, in den letzten drei Jahren in Griechenland zu leben.«

Nicht weniger dramatisch sieht es in Portugal und Spanien aus, wie die Gewerkschafter Pedro González und Manuela Men-



WISSEN

Kaum Chancen für junge Menschen in Südeuropa

Anteil der Menschen zwischen 14 und 24 Jahren, die arbeitslos sind:

(Angaben in Prozent)

- über 40
- zwischen 30 und 40
- zwischen 20 und 30
- zwischen 10 und 20
- weniger als 10



Quelle: Statistisches Bundesamt/Eurostat

donça berichten. Überall wächst die Armut. »Ganze Familien leben von der Rente der Großeltern«, sagt González. Vor allem junge Menschen trifft die Krise. In Spanien ist jeder zweite Unter-25-Jährige arbeitslos. Die Sparpolitik, das bestätigen alle, treibt ihre Länder nur noch tiefer in die Schulden und vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich.

Auch gesellschaftspolitisch sind die Folgen fatal: In Griechenland und Spanien wächst eine ganze Generation ohne Hoffnung auf eine Zukunft heran. Eine Gefahr für das Vertrauen in Europa und in die Demokratie. Und Manuela Mendonça stellt fest: »Die Souveränität der Wähler wurde durch die Souveränität der Gläubiger abgelöst.« Dem Verlust an Demokratie folgt der Abbau von Arbeitnehmerrechten. So unter-

gräbt die Regierung in Spanien – auch auf Druck von IWF, EZB und Europäischer Kommission – die Wirkung der Tarifverträge, in dem sie betriebliche Vereinbarungen besser stellt. Sie erleichtert Kündigungen und unterwirft Arbeitnehmer der Willkür ihrer Chefs. Diese können Einkommen kürzen und Arbeitszeit verlängern, wenn die Gewinne neun Monate lang in Folge zurückgegangen sind. Das heißt: Sie müssen noch nicht einmal Verluste machen.

Selbst das reicht den Arbeitgebern nicht, wie González berichtet. »Nun möchten sie das Streikrecht einschränken.«

Solidarisch. In einer Videobotschaft sicherte Berthold Huber den spanischen Gewerkschaften die Unterstützung der IG Metall zu. Der Erste Vorsitzende ermutigte sie mit den Worten: »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.«

Huber kritisiert die Sparpolitik, die den Südeuropäern von der EU aufgezwungen wird. »Die Länder können sich nicht allein aus der Krise herausparen. Sie brauchen einen Marshallplan, der auf europäischer Ebene koordiniert und finanziert wird.« Um dies zu bezahlen fordert die IG Metall, die Einnahmen der Staaten zu verbessern und die Lasten gerechter zu verteilen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften können einen Beitrag leisten. »Wir brauchen einen europäischen Solidaripakt«, sagt Huber.

Versuchslabor. Denn sonst könnte Südeuropa nur ein Versuchslabor dafür sein, wie weit sich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stützen lassen. Die Gefahr sieht auch Manuela Mendonça: »Früher oder später könnte das, was bei uns passiert, auch bei Euch geschehen.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Gutes Hören bei Feiern in der Familie ist kein Luxus

Vermutlich hätte die Entscheidung des Bundessozialgerichts längst Staub angesetzt und keine weiteren Folgen gehabt. Die Krankenkassen jedenfalls hängten es nicht an die große Glocke, dass das Gericht bereits im Dezember 2009 Schwerhörigen eine bessere Versorgung zugesprochen hatte, als sie bislang üblich war und oft noch üblich ist. (Akt. B 3 KR 20/08 R)

Auch weil Günter Güner, Metaller und Selbstverwalter bei der AOK Baden-Württemberg, Anfang 2011 die BSG-Entscheidung aufgriff, kam bei den Kassen Bewegung auf. Für fast Taube gilt seit 1. März ein neuer, höherer Festbetrag. Statt 421,28 Euro zahlt die Kasse nun 786,86 Euro plus Mehrwertsteuer.

Kneipentest. Dieser Schritt reicht aber nach Ansicht Güners nicht aus: »Es ist ungerecht und nicht im Sinne des Bundessozialgerichts, wenn Kassen den neuen Festbetrag auf fast taube Menschen beschränken. Auch mittel- und hochgradig Schwerhörige haben Anspruch auf Hörgeräte, die nach dem medizinischen Stand den Hörverlust am besten ausgleichen.« Er empfiehlt Schwerhörigen, das neue Hörgerät vor dem

Kauf zu testen. Nichts zuzahlen muss der Versicherte für ein Gerät, das etwa Sprachverstehen in größeren Räumen oder bei Störgeräuschen ermöglicht, auch wenn es über dem Festbetrag liegt. Welches Gerät das leistet, zeigt der Praxistest bei der Familienfeier, in der Kneipe oder im Straßenverkehr.

Damit der Versicherte am Ende die ganzen Kosten erstattet bekommt, muss er die Entscheidung für ein Gerät nicht nur gut begründen. »Ganz wichtig: Er darf beim Hörgeräteakustiker nichts unterschreiben«, sagt Günter Güner. Wer unterschreibt, dass er ein Hörgerät zu einem Preis über dem Festbetrag kauft, muss die Differenz aus eigener Tasche zahlen. Zudem sollten Betroffene dem Hörgeräteakustiker nur eine Kopie ihres ärztlichen Attests geben, damit sie sich noch eine Zweitmeinung einholen können.

»Auf keinen Fall dürfen Versicherte ein Hörgerät einfach kaufen«, warnt Güner. »Nach der Anpassung müssen sie einen schriftlichen Antrag bei ihrer Kasse stellen. Lehnt diese ihn ab, können IG Metall-Mitglieder über ihre Gewerkschaft Widerspruch einlegen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

TSTG: Zukunft statt Schließung

Das letzte deutsche Schienenwerk, die TSTG Schienen Technik, soll Ende 2012 schließen. Der österreichische Stahlkonzern Voestalpine hat das Aus für seine Duisburger Tochter beschlossen. Die Konzern-Mutter behauptet, das Werk sei nicht mehr rentabel. »Die Auftrags-

bücher sind voller denn je und die 500 Beschäftigten arbeiten an der Grenze ihrer Kapazitäten«, sagt Dieter Lieske von der IG Metall Duisburg. Betriebsrat und Belegschaft wollen die TSTG nicht kampfflos aufgeben. Ihr Motto lautet: Zukunft statt Schließung. ■

KURZ & BÜNDIG

Steigendes Image

Gewerkschaften werden in Deutschland immer beliebter: Nur noch jeder Fünfte steht ihnen kritisch gegenüber. 2003 war es mit 46 Prozent noch knapp die Hälfte der Bevölkerung. Das zeigen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der stärkste Anstieg im Ansehen war übrigens in den vergangenen zweieinhalb Jahren zu verzeichnen. Zum Anstieg



Foto: Yurif Arcours / clipdealer.com

Zusammenhalt wird gut bewertet: Das Gewerkschaftsimage steigt.

hat sicherlich auch die aktive Rolle in der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Das gestiegene Image zeigt sich auch in der Mitgliederentwicklung: Ende 2011 hatte die IG Metall rund 6000 Mitglieder mehr als im Dezember 2010.

Gegen Betreuungsgeld

Gewerkschaften und Arbeitgeber sind sich einig: Das Betreuungsgeld ist ein Rückschritt. Wenn ab 2013 Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, finanziell unterstützt werden, bremst das die Bemühungen um gute Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Helfen würde stattdessen, das Geld in den Ausbau von Kitas zu stecken.

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Gebildete Gutverdiener leben gesünder

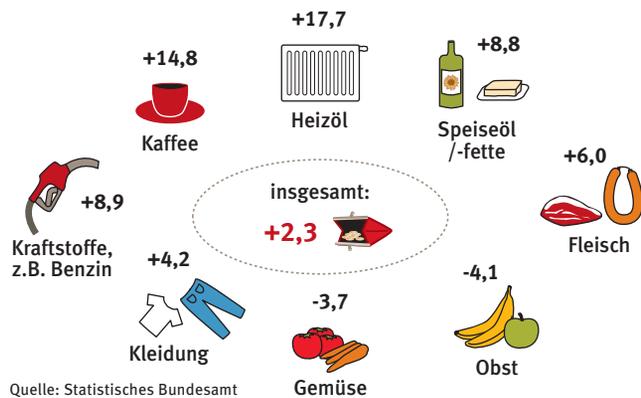
Die Chancen auf ein gesundes Leben steigen mit dem Einkommen und der Qualifikation. Die Bevölkerung in Deutschland bewertet ihren eigenen Gesundheitszustand so (Anteile in Prozent):

	gut	zufriedenstellend	schlecht	
Bildung	ohne Berufsabschluss:	46	32	22
	mittlerer Abschluss:	42	39	19
	Hochschulabschluss:	54	32	14
Nettoeinkommen	unter 1000 Euro:	33	36	31
	1000 bis 2000 Euro:	39	39	22
	2001 bis 3000 Euro:	48	36	16
	mehr als 3000 Euro:	58	31	11

Quelle: SOEP 2009

Viele Güter des täglichen Bedarfs werden teurer

Die Preise für Energie und manche Lebensmittel reißen Löcher in die Portmonees. So stark sind die Preise von Februar 2011 auf Februar 2012 gestiegen beziehungsweise gesunken (in Prozent):



Quelle: Statistisches Bundesamt

Immer mehr Leistung, immer mehr Hetze

Arbeit beherrscht das Leben immer stärker. Die Grenzen zum Privatleben verschwinden. Eine aktuelle repräsentative Umfrage unter Beschäftigten in Deutschland zeigt: Soviel Prozent ...



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

»Das Auto bleibt wichtig«

INTERVIEW

Noch elektrisiert das E-Auto nur wenige. Das ökologische Bewusstsein muss sich mehr entwickeln, denkt Wolfgang Nieke. Auch die Politik kann nachhelfen.

Fahren wir in 20 Jahren noch mit dem Auto?

Wolfgang Nieke: Als Fahrzeug wird das Auto auch in 20 Jahren noch das wichtigste Fortbewegungsmittel sein. Aber als Statussymbol wird es an Bedeutung verlieren. Für einen Teil der jungen Menschen ist es das heute schon nicht mehr. Sie werden Autos auch in 20 Jahren nutzen, aber anders. Mehr Menschen werden sich fragen: Muss ich ein eigenes Auto haben, oder hole ich mir nur eins, wenn ich es brauche? Sicher werden in 20 Jahren mehr Hybrid- und Elektro-Autos fahren.

Nach der Euphorie im vergangenen Jahr ist es um Elektro-Autos stiller geworden. Warum läuft es so schleppend an?

Nieke: Es gibt noch viele Hindernisse. Das fängt schon bei der Frage an, wo ich in Stuttgart mein Elektro-Auto auftanken kann. Da muss ich lange suchen. Natürlich muss nicht alles steuerlich subventioniert werden. Aber wenn man den Umstieg auf Elektromobilität gesellschaftlich will, muss man ihn auch fördern. Zum Beispiel, indem der Staat die Infrastruktur schafft.

Kann Politik den Umstieg auf Elektro-Autos beschleunigen?

Nieke: Die Politik schafft immer Rahmenbedingungen, die Veränderungen anstoßen und beschleunigen können. Wenn etwa

Städte entscheiden würden, dass innerhalb ihres Zentrums nur noch elektrisch gefahren werden darf, hätte das enorme Auswirkungen auf den Automarkt.

Böse Zungen sagen, deutsche Ingenieure tüfteln gerne für sich und schauen wenig nach den Kunden. Ist da was dran?

Nieke: Das ist Unsinn. Wie unsere Ingenieure es in den letzten Jahren geschafft haben, den Verbrauch bei Verbrennungsmotoren zu reduzieren, ist enorm.

Elektro-Autos sind für viele Kunden aber auch eine Frage des Preises. Ich bin gespannt, ob wir bis 2020 eine Million E-Autos haben. Zurzeit ist die Nachfrage nach leistungsstarken Motoren immer noch größer als nach verbrauchsarmen. Ich denke, das Bewusstsein für ökologische Fragen ist bei vielen noch nicht so weit. Aber das kann sich schnell ändern, wie das Beispiel Atomkraft zeigt. Fukushima hat diese Diskussion brutal beendet. Vielleicht müssen wir etwas Ähnliches beim Thema Autofahren und Klimawandel erleben.

Welche Fehler haben die Hersteller gemacht?

Nieke: Sie haben die Diskussion um den Klimawandel sicher zu spät ernst genommen. Jetzt merken sie, dass die Vorgaben zur Reduzierung des CO₂-Ausstoß konkret werden. Als Betriebsrat



Fotos: Thomas Bernhardt

Wolfgang Nieke ist Betriebsratsvorsitzender im Mercedes-Benz Werk Stuttgart-Untertürkheim.

haben wir immer draufgedrängt, den Verbrauch zu reduzieren.

Wie fühlt sich es an, wenn man es besser wusste?

Nieke: Das ist zwar schön, aber es hilft uns nicht. Wir müssen als Beschäftigte mit den Folgen leben. Aber wie schon gesagt: Unsere Ingenieure haben da in den letzten Jahren sehr viel aufgeholt.

Welche Rolle können Autohersteller bei neuen Mobilitätskonzepten übernehmen?

Nieke: Vielleicht kaufen unsere Kunden in 20, 30 oder 40 Jahren nicht nur Autos, sondern Mobilität. Für die Fahrt in der Stadt nehmen sie einen Smart und für die Reise an den Bodensee die E-Klasse. Ich weiß nicht, ob die Autohersteller das Geschäftsfeld von Mobilitätsanbietern übernehmen. Aber ich halte es für sinnvoll.

Was bedeutet der Wandel für die Beschäftigten?

Nieke: Solange der Verbrennungsmotor dominiert, wird sich für sie nicht viel ändern. Und das wird er noch 20 Jahre lang tun. Angesichts des weiteren Aufbaus von Autofabriken weltweit und zunehmender Effektivität in den Werken werden wir vor der Herausforderung stehen, das Beschäftigungsniveau in Deutschland zu halten. Spannender ist die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Herstellern und Zulieferern entwickelt. Da gehen die Hersteller zurzeit unterschiedliche Wege. VW produziert selbst Elektromotoren. Wir arbeiten mit Bosch zusammen. Als Betriebsrat versuchen

wir, Produktion im Unternehmen zu halten. Damit wir mit der neuen Technik in unseren Werken Beschäftigung sichern. Aber da waren wir oft nur zweiter Sieger.

Was können Betriebsräte tun?

Nieke: Wir warten nicht ab, bis die Zukunft uns einholt. Wir wollen wissen, wie sich Entscheidungen auswirken. Deshalb hat der Gesamtbetriebsrat mit Daimler, der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall, ein Forschungsprojekt angestoßen zu den Auswirkungen neuer Mobilität auf die Zahl der Arbeitsplätze und die Anforderungen an die Qualifikation.

Und bei technischen Fragen?

In der Krise gab es bei Vertretern der Anteilseigner eine Diskussion, ob wir Techniken wie Brennstoffzellen oder Elektromotor brauchen. Da haben wir als Betriebsrat dagegen gehalten.

Was bereitet Dir mehr Sorge: eine Zukunft ohne Autos oder eine Zukunft ohne moderne Mobilitätskonzepte?

Nieke: Ich würde das nicht gegeneinander stellen. Eine Zukunft ohne Autos wird es nicht geben. Die Frage ist: Schaffen wir es den Klimawandel zu stoppen, das Auto umweltfreundlicher zu machen und Mobilität neu zu denken? Elektro-Autos allein sind nicht umweltfreundlich. Der Strom dafür muss aus erneuerbaren Quellen kommen. Vielleicht ist das auch ein Feld für die Hersteller. Sie liefern zum E-Auto den Ökostrom gleich mit. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

KURZ & BÜNDIG

Aufatmen bei Putzmeister

Seit Januar kämpften die 1200 Putzmeister-Beschäftigten mit zahlenreichen Aktionen um ihre Jobs — mit Erfolg: Trotz der Übernahme durch den chinesischen Sany-Konzern wird es beim schwäbischen Maschinenbauer in den kommenden acht Jahren keine Kündigungen geben. Darauf haben sich IG Metall und Geschäftsleitung geeinigt.

► www.esslingen.igmetall.de



Foto: IG Metall München

Belegschaft von Nokia Siemens Networks München beim Protest

NSN bleibt in München

Der entschlossene Widerstand der Beschäftigten hat den Standort München von Nokia Siemens Networks (NSN) gerettet. Anstelle der geplanten Schließung bleiben 2000 Arbeitsplätze erhalten. Die Lösung für München dürfte Orientierung für die anderen NSN-Standorte sein, erklärte Michael Leppek von der IG Metall-Verwaltungsstelle.

► www.igmetall-bayern.de

Otto Brenner Preis

Den Otto Brenner Preis können Journalisten gewinnen, die mutige und kritische Medienbeiträge machen. Das Motto ist »Kritischer Journalismus statt bestellter Wahrheiten«. Man kann der Jury bis zum 31. Juli auch gute Beiträge vorschlagen. Alle Informationen dazu gibt es hier:

► www.otto-brenner-preis.de

WISSEN

Vier Ministerien fördern Projekte

Im vergangenen Jahr hatte die Nationale Plattform Elektromobilität einige Vorschläge gemacht, wie sie Deutschland zum »Spitzenstandort der Elektromobilität« machen will. Inzwischen beschäftigen sich Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Forschungsministerium mit dem Thema. Sie unterstützen Projekte zum Thema Elektromobilität. Aktuell wurden vier Schaufensterprojekte in einzelnen Regionen beschlossen. Die Bundesregierung hatte unter anderem zugesagt, neben der Förderung von E-Autos durch Steuerbefreiungen auch die Batterieforschung bis 2013 mit einer Milliarde Euro zu unterstützen.

LEIHARBEIT IST UNGERECHT

Foto: Stephen Petrat

ARBEIT

Rund eine Million Menschen arbeiten in Leiharbeit. Sie verdienen deutlich weniger und haben weniger Rechte. Welche Folgen das für die Betroffenen hat, bleibt oft im Dunkeln. Die IG Metall hat Leihbeschäftigte befragt. Mehr als 1000 Befragte schilderten ihre alltäglichen Erfahrungen. Viele ihrer Statements sind im »Schwarzbuch Leiharbeit« veröffentlicht. Das Buch und diese Berichte klagen eine Politik an, die Arbeitsbedingungen zulässt, unter denen sich Menschen ihrer Würde beraubt fühlen.

»Ich bin Staplerfahrerin, und ich fahre draußen. Bis jetzt habe ich von meiner Firma noch keine Wintersachen gekriegt, keine warme Jacke oder Winterarbeitsschuhe. Seit September habe ich an sieben Samstagen gearbeitet, obwohl ich zwei Kinder im Grundschulalter und Familie habe. Aber als Leiharbeiterin konnte ich nicht ›Nein‹ sagen, oder besser: Ich konnte mir ein ›Nein‹ nicht leisten.«

»Ich habe Angst, Angst, Angst, nach einer Stundenlohnerhöhung zu fragen. Jeder weiß, dass es ungerecht ist, für die gleiche Arbeit weniger Lohn zu bekommen. Ich bin in Not, habe finanzielle Probleme, ich schlafe nicht, keiner kann mir helfen, der Lohn reicht nicht mehr, weil ich Leiharbeiter bin. Schuften bis zum Umfallen ...«

»In der Firma, in der ich eingesetzt bin, arbeite ich seit sechs Jahren. In dieser Zeit ist weder der Lohn gestiegen, noch haben sich die Arbeitsbedingungen verbessert. Im Gegenteil: immer mehr Arbeit für das gleiche Geld. Circa 80 Prozent der Beschäftigten in der Einsatzfirma sind Leiharbeiter.«

»Ich arbeite seit einem Jahr über einen Verleiher in der Industriereinigung. Bin ehrlich gesagt mit der Bezahlung sehr unzufrieden. Mein Stundenlohn beträgt 7,70 Euro brutto. Da muss sich etwas ändern, sonst ist die Versorgung meiner Familie in Gefahr. Manche Leiharbeiter anderer Leihfirmen bekommen mehr Lohn für dieselbe Arbeit. Da frage ich mich, wieso nicht alle Leiharbeiter denselben Lohn verdienen, wenn alle gleich arbeiten?«

»Fast jeder wird als Helfer verliehen, obwohl er hochwertige Arbeit verrichtet, für die man mindestens drei Jahre lernen muss. Selbst als gelernter Kfz-Mechaniker sollte ich zum Helferlohn in einer Werkstatt arbeiten.«

DIE ZIELE DER IG METALL

Die IG Metall geht offensiv in den Konflikt mit den Arbeitgebern, um Leiharbeit zu begrenzen.

■ Die Auseinandersetzung beginnt in den Betrieben.

Die von der IG Metall in mittlerweile weit mehr als 1200 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie durchgesetzten Besservereinbarungen für Leiharbeitsbeschäftigte zeigen, dass Niedriglöhne in der Leiharbeit kein Naturgesetz sind.

■ Das Thema Leiharbeit gehört in die Tarifrunde.

In verschiedenen Branchen hat die IG Metall bereits bessere Regelungen für Beschäftigte in Leiharbeit durchgesetzt. So gilt in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie seit 2011 ein Tarifvertrag, der die gleiche Bezahlung festschreibt. In der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie wird über die erweiterte Mitbestimmung bei Leiharbeit verhandelt. Betriebsräte der Entleihbetriebe sollen stärker mitentscheiden, ob und

wie Leiharbeit eingesetzt wird.

■ Mit BAP und iGZ: Verhandlungen über höhere Löhne.

Mit den Verbänden der Leiharbeit wird über höhere Löhne verhandelt. Und die IG Metall will für die mehr als 300 000 Betroffenen einen Branchenschlag durchsetzen, den die Verleihfirmen künftig zusätzlich zum Leiharbeiterlohn zahlen sollen.

■ Die Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden.

Die IG Metall verlangt Respekt und Anerkennung für geleistete Arbeit. Die Politiker sind gefordert, für Leiharbeit neue und strengere Gesetze zu definieren. Dazu gehört die Wiedereinführung einer Höchstüberlassungsdauer und des Synchronisationsverbots sowie die Einführung des Grundsatzes »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«.

»Es wäre richtig, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen und bei der Prämienverteilung mit berücksichtigt werden, denn ohne uns Leiharbeiter würde es gar nicht zur Prämienausschüttung kommen. Ich wollte nie Leiharbeiter sein, doch heutzutage ist es ohne Leiharbeitsfirma doch kaum möglich, zu arbeiten.«

Warum hat die IG Metall ein »Schwarzbuch Leiharbeit« herausgegeben? Ist nicht bereits alles gesagt zur Leiharbeit?

Detlef Wetzel: Mich hat tief beeindruckt, dass Leiharbeiter in der Befragung schildern, wie sie ihre Arbeit empfinden. Dass sie sich Sorgen um ihre Zukunft machen. Dass sie keine Perspektive haben für sich und ihre Familien. Dass sie Leiharbeit als unmenschlich und unfair empfinden. Diese Aussagen hat man so noch nirgendwo gelesen.

Tun die Politiker Deiner Meinung nach genug, um Leiharbeit zu begrenzen?

Wetzel: Nein. Sie tun gar nichts. Deshalb machen wir seit vielen Jahren Druck. Und wir haben uns dem Thema ja auch in dieser Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie angenommen. Außerdem verhandeln wir parallel mit den Zeitarbeitsverbänden. Wir wollen einen Branchenschlag und mehr Mitbestimmung für unsere Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit.



Foto: Frank Rumpenhorst

Detlef Wetzel ist Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

»Ich finde, dass man nicht nur einen Lohnzuschlag bekommen sollte, sondern erstmal einen höheren Grundlohn, weil überhaupt keiner mehr von den derzeitigen Löhnen leben kann, und das ist eine Frechheit!«

»In einem Arbeitsverhältnis mit Leiharbeit hat man ständig Angst um den Job. Einige Kollegen schleppen sich krank zur Arbeit, um nicht rausgeworfen zu werden. Ein Kollege brach sich bei einem Arbeitsunfall den Finger, hat sich aber nicht getraut, auch nur einen Tag zuhause zu bleiben. Seine Krankmeldung hat er weggeworfen, aus Angst, gekündigt zu werden. Und falls eine Krise kommt, sitzen die Leiharbeiter sowieso von einem Tag auf den nächsten allesamt auf der Straße. Dieser neuzeitliche Sklavenhandel sollte verboten werden, denn mit Leiharbeit wird alles untergraben, wofür Generationen von Arbeitnehmern lange gekämpft haben.«

»Deutschland klagt über Fachkräftemangel. Hä? Viele Leute sind überqualifiziert, aber was haben sie davon? Nichts – außer dass man Zweite-Klasse-Leiharbeiter wird. Ich bin 21 Jahre alt, habe in nur drei Jahren zwei Ausbildungen als Maschinen- und Anlagenführer und als Industriemechaniker abgeschlossen. Und wo bin ich gelandet? Genau, in der Leiharbeit. So habe ich mir den Weg in die Berufswelt nicht vorgestellt! Ich erwarte mehr Aufmerksamkeit der Politik! Ich fahre zwei Früh-, zwei Spät- und zwei Nachtschichten, um die entsprechende Entlohnung für meine qualifizierte Arbeit zu erhalten.«

»Leiharbeit ist Lohndumping. Aussage meiner Leiharbeitsfirma: »Wir produzieren nicht, wir handeln.« Sie handeln mit meiner Arbeitskraft und verdienen pro Leiharbeiter pro Stunde zwischen zwei und drei Euro.«

»Ich arbeite schon seit mehreren Jahren in Leihfirmen. Mein Arbeitskollege, der die gleiche Arbeit tätigt wie ich, verdient fast 2200 Euro, ich verdiene nur sehr wenig, nämlich unter 900 Euro, und die Fahrtkosten etc. bezahle ich auch selbst. Die Leiharbeiter sind meiner Meinung nach moderne Sklaven.«

Das Schwarzbuch als PDF zum Runterladen gibt es unter:

▶ www.igmetall/schwarzbuchleiharbeit

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:



Entgelt ist kein Geheimnis

RECHT SO Immer wieder verlangen Vorgesetzte von Beschäftigten, über die Höhe ihres Gehalts Stillschweigen zu bewahren. Ob Chefs einen Arbeitnehmer tatsächlich per Vertrag zum Schweigen verdonnern können, erklärt Tjark Menssen.



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Herrmann

Die Einkommensverhältnisse sind in Deutschland seit jeher ein Tabuthema. Über Geld spricht man hierzulande nicht. Ja, es ist geradezu peinlich, offen über das Gehalt zu reden. Entweder, um bei anderen keinen Neid zu erzeugen. Oder, um sich nicht die Blöße geben zu müssen, dass die gleiche Leistung viel weniger wert ist als die der Kollegen.

Viele Chefs nutzen diese Peinlichkeit auch aus. Sie machen aus Lohn- und Gehaltsverhandlungen ein Riesen-Geheimnis. Gerne wird dabei nicht nur die Anwendung des Tarifvertrages, sondern auch eine übertarifliche Bezahlung vereinbart, um bei dem Beschäftigten den Eindruck zu erwecken: »Sie sind etwas ganz Besonderes. Und die Gewerkschaft brauchen Sie bei uns doch gar nicht.«

Kein Tabu. Beschäftigte glauben sogar es sei verboten, mit den Kollegen über das Bruttoeinkommen zu sprechen. Darf der Chef das Reden über Gehalt per Vertrag verbieten? Nein. Denn Tarifgehälter sind kein Geheimnis. Darum darf niemand zum Stillschweigen verdonnert werden.

Gerade Tarifverträge schaffen ein transparentes Einkommensgefüge. Sie helfen, die Schweigemauer zu durchbrechen. Auch sollte sich jeder in einem organisierten Betrieb zu seiner Gewerkschaftsmitgliedschaft bekennen. Nachweislich verbessert diese Offenheit die Einkommensgerechtigkeit auch und insbesondere für Frauen.

Selbst wenn kein Tarifvertrag im Betrieb gilt, sind vorformulierte vertragliche Schweigeklauseln durch den Arbeitgeber unwirksam. Zwar behauptet dieser gerne, damit den Betriebsfrieden wahren

zu wollen. Jedoch gehört es zur Koalitionsfreiheit, über das Einkommen zu reden. Sonst könnte kein Arbeitnehmer seine Gewerkschaft informieren, wie hoch sein Einkommen ist. Zudem ließe sich nicht feststellen, welches Gehalt üblicherweise für eine Tätigkeit gezahlt wird.

Verbot der Benachteiligung. Um eine Forderung begründen zu können, müssen sich Beschäftigte über die Höhe ihrer Verdienste austauschen. Nur so lässt sich feststellen, ob der Chef den Gleichbehandlungsgrundsatz beim Entgelt einhält. Klauseln, die es verbieten, über das Gehalt zu reden, benachteiligt den Arbeitnehmer unangemessen. Dem Arbeitgeber steht dem kein gleichwertiges schützenswertes Interesse gegenüber.

Die Ausnahme. Dies gilt aber nur, wenn die Klausel im Arbeitsvertrag vom Arbeitgeber vorformuliert wurde. Von einem solchen Verbot nicht erfasst ist, wenn Parteien in einem gerichtlichen Vergleich vereinbaren, über die Inhalte Stillschweigen zu bewahren. ■

WISSEN

Mach Dich schlau

- Wie groß ist die Entgeltlücke in Deiner Branche und in Deinem Beruf?

Antworten liefert der Lohn- und Gehaltscheck, betreut vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung.

► www.lohnspiegel.de

- Infos zum Tarifvertrag für Deine Branche erhältst Du auch bei Deiner IG Metall-Verwaltungsstelle.

Keine Zuschläge beim Elterngeld

Steuerfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit fließen nicht in die Berechnung des Elterngelds ein. Das Bundessozialgericht hat am 5. April entschieden, dass diese Zuschläge bereits vor 2011 im Sinne des Steuerrechts nicht als Einkommen zu werten waren. Seit 2011 ist per Gesetz klarge-

stellt, dass bei der Berechnung nur versteuerbares Einkommen zu berücksichtigen ist. ■



Foto: Alexandr Moroz/panthermedia.net

Babypause ab sofort ohne Zuschläge

Krankengeld: Lückenloses Attest

Wer bei Beendigung seines Arbeitsverhältnisses arbeitsunfähig erkrankt ist, muss aufpassen seinen Krankengeldanspruch nicht zu verlieren. Endet die Arbeitsunfähigkeit (AU) etwa am Freitag und man geht erst montags zum Arzt, erhalten langzeiterkrankte Versicherte ohne Job kein weiteres Krankengeld mehr. Darum muss

man sich auch die Folgebescheinigung der AU vom Arzt bereits am vorletzten Tag ausstellen lassen, warnen die Sozialrechtsexperten der IG Metall. Denn der Krankengeldanspruch entsteht erst am Tag nach der ärztlichen Feststellung. Und da muss eine Kassenmitgliedschaft mit Anspruch auf Krankengeld bestehen.

DAS PRODUKT

Füße gut gebettet

Spreizfuß, Hammerzehen, labberige Bänder: Es gibt viele Gründe, warum man Einlagen braucht. Orthopädiemechaniker fertigen sie auf Rezept an. Aber darf man seine privaten Einlagen auch in seine Arbeitsschuhe legen?

Extra Einlagen für die Arbeit.

Die Antwort auf diese Frage steht in der BG-Regel 191 und lautet: nein. Diese BG-Regel ist für die »Benutzung von Fuß- und Knieschutz« zuständig und schreibt vor: »Die Verwendung anderer als die vom Schuhhersteller angebotenen Schuheinlagen ist unzulässig«. Auf gut deutsch: Wer Einlagen trägt braucht Sicherheitsschuhe, bei denen Einlagen mitgeliefert werden. Und die müssen dann von einem Orthopädienschuhmacher angepasst werden.

Das macht auch Sinn, denn Sicherheits- und Schutzschuhe müssen auch mit Einlagen ihre Funktion erfüllen. Zum Beispiel darf der Abstand zwischen Zehen und Zehenkappe nicht zu eng werden. Und das könnte mit einer privaten Einlage der Fall sein. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Die BG-Regel zum Nachlesen:

► www.dguv.de/psa
→ PSA-Regelwerke



Sicherheitsschuhe müssen auch mit Einlagen ihre Kriterien erfüllen.



Foto: Andreas Gummerer

Merlin mit Mutter Kerstin: Mehr Zeit dank »Familienpause« bei Conti Temic.



WISSEN

Elternzeit und Elterngeld

Berufstätige Eltern, die nach der Geburt für ihr Kind da sein wollen, können laut Gesetz bis zu drei Jahre Elternzeit beantragen – mit Kündigungsschutz. Elterngeld gibt es bis zu 14 Monate, in der Regel 67 Prozent des bisherigen Nettos, mindestens 300, maximal 1800 Euro. Auch für Erwerbslose. Eltern können sich Elternzeit und Elterngeld auch aufteilen. Fragt Eure IG Metall vor Ort.



MACH MIT

Wie sieht es bei Euch im Betrieb mit Kinderauszeiten aus? Was würdet Ihr Euch wünschen? Schreibt uns:

► metallzeitung@igmetall.de

Bis zu zehn Jahre Kinderauszeit

FAMILIE UND BERUF

Bei Continental Temic Microelectronics sind bis zu zehn Jahre Kinderauszeit möglich, mit voller Wiedereinstiegs-Garantie. Dank einer speziellen Familienpausen-Betriebsvereinbarung.

Der dreijährige Merlin ist heute mit seiner Mutter Kerstin auf der Arbeit, bei Continental Temic Microelectronics in Nürnberg. Aber nur zu Besuch. In den letzten drei Jahren war die Elektrotechnikerin in Elternzeit. »Eigentlich wollte ich schon ein Jahr nach der Geburt wieder arbeiten gehen. Aber wir haben erst mal keinen Kita-Platz in Werksnähe gefunden. Schließlich haben wir entschieden, dass ich mich besser erst einmal voll um Merlin kümmere.«

Aus einem Jahr Elternzeit wurden drei. Mehr geht laut Gesetz nicht. Dennoch wird Kerstin noch mindestens ein Jahr für ih-

ren Sohn dranhängen, bevor sie wieder arbeiten geht. Dies ermöglicht eine spezielle Betriebsvereinbarung bei Conti Temic: Bis zu zehn Jahre »Familienpause« sind drin, bei voller Rückkehrgarantie.

Druck raus. »Wenn beide Eltern arbeiten, auch noch Schicht, dann musst Du hier in der Region erst mal einen Kindergarten mit langen Öffnungszeiten in der Nähe finden«, erklärt Vater Helmut Fischer, der Mitglied des Betriebsrats bei Conti Temic ist. Doch dank der Familienpause können die drei in Ruhe auf den Wunsch-Kindergartenplatz ab Herbst war-

ten. Und Merlin hat genug Zeit, sich dort Schritt für Schritt einzuleben. Doch dann wird Kerstin wohl wieder arbeiten. Denn Elterngeld bekommt sie ja jetzt nicht mehr. »Und Du verlierst ja auch den Anschluss im Betrieb.«

Beides Gründe, weshalb die Familienpause etwas in Vergessenheit geraten ist. Sie stammt von 1989, als der Betrieb noch »Telefunken Elektronik« hieß. Doch der Betriebsrat verteidigt die Vereinbarung gegen den Rotstift – und peilt nun Kooperationen mit Kitas in Werksnähe an. Damit Eltern echte Wahlfreiheit haben. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: Fancy/ Fionline

Spiel mit Milliarden

STANDPUNKT

Die Summe weckte Begehrlichkeiten: Angeblich 19,5 Milliarden Überschüsse hatten sich Ende 2011 im Gesundheitssystem angesammelt. Die Idee von der Beitragsenkung machte die Runde. Doch Vorsicht: Für Versicherte hätte sie nicht unerhebliche Nebenwirkungen. Besser wäre es, die Gesundheitsversorgung und Pflege endlich auf eine solide Basis zu stellen.

Der Bär war noch nicht erlegt, da hatten die üblichen Verdächtigen sein Fell schon dreimal verteilt. Finanzminister und Gesundheitspolitiker überboten sich gegenseitig mit Vorschlägen, was mit den Überschüssen zu tun sei, die seit Ende 2011 in den Töpfen der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) schlummern. Beitragsenkungen, Prämien für Versicherte oder Kürzung des Steuerzuschusses – kein Vorschlag war ihnen zu populistisch.

Kuckucksei. Auch wenn Beitragsenkungen verlockend klingen – Versicherte müssten kurzfristige niedrigere Beiträge wahrscheinlich langfristig mit höheren Beiträgen

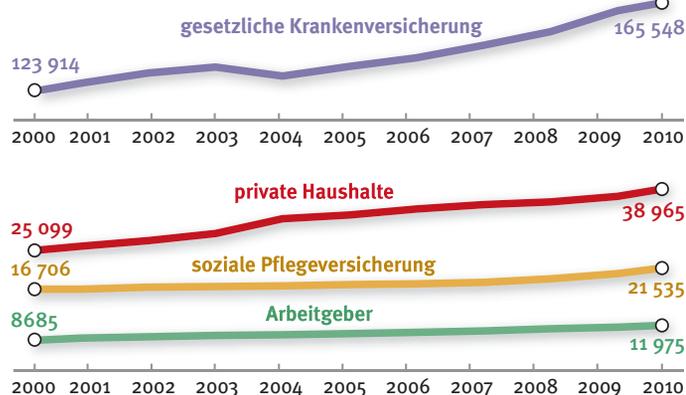


WISSEN

Gesundheit kostet Arbeitnehmer immer mehr

Privathaushalte zahlen viel, zudem ist ihr Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung höher als der der Arbeitgeber.

(Ausgaben in Mio. Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt

teuer bezahlen. Steigen die Ausgaben der GKV wieder, müssen Arbeitnehmer diese allein zahlen. Der Anteil der Arbeitgeber am Beitragssatz wurde 2011 eingefroren. Wenn die Kassen mit dem Geld nicht auskommen, müssen sie von den Versicherten einen Zusatzbeitrag kassieren.

Kaum etwas ist so sicher wie die nächste »Kostensteigerung« im Gesundheitswesen. Bereits im Februar überstiegen die Ausgaben für Arzneimittel die des Vorjahresmonats um 5,2 Prozent. Der DGB fordert, zusätzliche Überschüsse für schlechte Zeiten zurückzulegen. Denn ganz nebenbei: Ein Teil des Geldes ist ohnehin nicht verfügbar. Rücklagen sind in bestimmter

Höhe gesetzlich vorgeschrieben. Krankenkassen müssen mindestens ein Viertel ihrer Monatsausgaben auf der hohen Kante haben. Sinnvoll wären Rücklagen in Höhe einer ganzen Monatsausgabe. Das bedeutet: Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve beträgt 4 Milliarden Euro, maximal können die Kassen 15 Milliarden Rücklagen bilden. Mit einem Plus von 10 Milliarden Euro liegen sie zurzeit in der Mitte.

Praxisgebühr streichen. Auch der Gesundheitsfonds muss eine Mindestreserve vorhalten. Sie beträgt 5,1 Milliarden. Zurzeit sind 9,5 Milliarden im Topf. Bleiben unterm Strich 4,4 Milliarden Euro. Statt den Versicherten Kuckuckseier wie Beitragssenkungen ins Nest zu legen, sollten Gesundheitspolitiker die gute Kassenlage nutzen, um die Praxisgebühr zu streichen. Eine Forderung, die die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober wieder bekräftigte.

Selbst wer tatsächlich einmal geglaubt hat, dass die Gebühr unnötige Arztbesuche verhindert, sollte es inzwischen besser wissen. Studien weisen nach, dass die Praxisgebühr die Zahl der Arztbesuche nicht gesenkt hat. Außerdem belegen sie: Wer arm ist, vermeidet sogar notwendige Arztbesuche. Die Praxisgebühr ist nur eins: ungerecht. Sie trifft Kranke und Menschen mit geringem Einkommen.

Falsch verteilt. Die Sozialsysteme leiden seit Jahren unter ein- und derselben Krankheit: Während die Aufgaben zunehmen, verteilt die Politik die Lasten immer mehr auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So auch in der Pflegeversicherung. Seit Jahren diskutiert die Politik über die Versorgung demenzkranker Menschen. Klar ist: Sie brauchen Hilfe. Bei der Pflegeversicherung fielen sie bislang durch den Rost. Daran wird auch die Reform der Bundesregierung nicht viel ändern. Demenzkranke erhalten danach ein

»Taschengeld«. Die Kosten werden weiter auf die Schultern der Betroffenen verschoben. Private Vorsorge soll gefördert werden. Die Versicherungswirtschaft wird es freuen.

Politiker und Arbeitgeber verteufeln »Lohnnebenkosten« gerne als Jobkiller. Dabei machen Sozialbeiträge nur einen geringen Teil der gesamten Produktionskosten aus. Doch die Politik antwortet auf jede neue soziale Herausforderung mit höheren Eigenbeiträgen und privater Vorsorge. Die Botschaft dahinter: Wer alt oder krank oder pflegebedürftig ist, kostet zuviel. Für gute Versorgung muss jeder zuzahlen. Eine solche Politik macht Menschen zu Kostenfaktoren und nimmt ihnen ihre Würde. Es ist unwürdig, wenn

Zur Autorin



Foto: AOK Hessen

Angelika Beier, 56, arbeitet seit 2008 beim Vorstand der IG Metall im Bereich Sozialpolitik. Die Diplom-Pädagogin ist dort für Gesundheit und Pflege zuständig. Im Verwaltungsrat der AOK Hessen vertritt sie seit 2003 die Interessen der Versicherten. Seit Gründung des GKV-Spitzenverbands im Jahr 2007 sitzt sie auch dort im Verwaltungsrat.

Menschen ein Leben lang gearbeitet haben und dann im Alter zum Sozialfall werden.

Eine Politik, die Menschenwürde und soziale Verantwortung ernst nimmt, sorgt für eine gute Pflege und Gesundheitsversorgung, die nicht vom Geldbeutel abhängt. Sie schafft eine breite Finanzbasis, damit die Aufgaben bewältigt werden können. Diese Basis heißt: solidarische Bürgerversicherung. ■

Angelika.Beier@igmetall.de

DAS STICHWORT

Cloud|Wor|king, das;

Klingt eigentlich nett: »Cloud Working« heißt übersetzt soviel wie »Arbeiten in der Wolke«. Wer denkt da nicht an »Wolke sieben«? Doch diese Bilder sollte man schnell wieder aus dem Kopf löschen. Mit »Cloud Working« versuchen Unternehmen Zukunftsvisionen umzusetzen, die Arbeitsmarktxperten vor 20 Jahren nur in Alpträumen heimsuchten. Arbeiten in der Wolke wird für viele nichts anderes bedeuten als Tagelöhneri.

Arbeit versteigern. Der Software-Konzern IBM plant laut Medienberichten, einen großen Teil seiner Arbeit in die Cloud zu verlegen. Im Unternehmen bleibt eine kleine Kernmannschaft. Fachkräfte kauft sich der Konzern für einzelne Projekte über die Cloud ein – eine Mischung aus Ebay und Facebook für Arbeitskraft. Freiberufler geben hier Angebote ab. Gleichzeitig sollen Auftraggeber Freischaffende online bewerten können. Hans-Joachim Weis, IT-Branchenexperte der IG Metall, sieht im Cloud Working eine neue perfide Form des Outsourcings. Es wird vielen Kreativen keine neue Freiheit schenken, sondern Abhängigkeit und wenig Geld.

Rechte ausgehebelt. Als Peter Wedde über die Pläne bei IBM las, fühlte er sich 20 Jahre zurückversetzt. Bereits damals hatte der Professor für Arbeitsrecht und Direktor der Europäischen Akademie der Arbeit Pläne des Software-Konzerns verfolgt. Arbeit an Freiberufler auszulagern. Da hieß das Projekt noch Telearbeit und war auf Deutschland begrenzt. »Mit dem technischen Fortschritt sind Unternehmen nicht mehr national beschränkt. So können sie deutsches Arbeits-

recht unterlaufen«, sagt Wedde. Für Arbeitnehmer macht es die Sache damit weit bedrohlicher. Welches Arbeitsrecht gilt für einen Entwickler in Kassel, der einen Auftrag von IBM Großbritannien annimmt? »Wenn ich IBM nicht nachweisen kann, dass es deutsches Arbeitsrecht gezielt umgehen will, dann gilt das britische«, sagt Wedde. Gerade in Europa wird das schwierig. Freizügigkeit ist Teil der EU. Doch auch außerhalb Europas muss ein Beschäftigter im Streitfall belegen, dass die indische Niederlassung nur pro forma als Auftraggeber zwischengeschaltet wurde.

Weltweit arbeiten, das könnte noch andere Konsequenzen haben. Wer nach amerikanischem Recht arbeite, muss eventuell für Fehler haften. Und: Wer schützt die Daten in der Cloud? Für Wedde eine bedrohliche Entwicklung, die viele neue Fragen aufwirft. Allerdings könnte die Cloud auch für Konzerne eine Seifenblase werden. Weis warnt: »Mit diesem System würden sie nicht nur den sozialen Konsens aushebeln, sondern auch effektive Entwicklerteams auseinanderreißen.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Anzeige

hf
Lohnsteuerhilfeverein
Fuldatal e.V.

Wir helfen Ihnen bei der

Einkommensteuererklärung* - bundesweit -

und zeigen Ihnen wie man richtig Steuern spart!

Anzeige mitbringen und
Gutschein
auf Empfehlung des

SERVICE
von **15,- €**
sicher.

Ihre Beratungsstelle
unter www.lohi-fuldatal.de
oder Telefon 0 800 - 222 44 56

*Allgemeine Betreuung und Beratung in Steuersachen im Rahmen einer Mitgliedschaft nach § 4 Nr. 11 Steuerberatungsgesetz



Foto: Veit Mette

Die IG Metall-Mitglieder beim Metallunternehmen Euscher wollen »nur mit Tarif« arbeiten.

»Euschert« Euer Arbeitgeber auch?

DA GEHT WAS

Das Bielefelder Familienunternehmen Euscher hat die Bindung an den Flächentarifvertrag gekündigt – als erstes Unternehmen in der Metalltarifrunde 2012. Die IG Metall-Mitglieder im Betrieb fordern die Rücknahme der Kündigung oder einen Haustarifvertrag.

Eine heikle Situation: Auf einer Betriebsversammlung teilt die Euscher-Geschäftsführung ihren 260 Beschäftigten Anfang März mit, dass sie OT-Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden ist. Sprich Mitglied »ohne Tarifbindung«; weil ihr zwei von den drei Tarifforderungen der IG Metall nicht passen. Die nach fairer Leiharbeit und die nach unbefristeter Übernahme der Ausgebildeten. Von der Tarifierhöhung aber, versichert die Geschäftsleitung hoch und heilig, werde die Belegschaft »eins zu eins profitieren«.

Wie reagieren jetzt die Beschäftigten? Ist ihnen das Hemd näher als der Rock? Genügt ihnen mehr Geld und geben sie sich mit

der versprochenen Entgelterhöhung zufrieden?

Gegenwind. Ein junger Facharbeiter meldet sich zu Wort. Er will wissen, warum Ausgebildete nicht sofort unbefristet übernommen werden, sondern erst nach zweimaliger Befristung. »Dreieinhalb Jahre müssen doch genügen, um

einschätzen zu können, ob jemand in den Betrieb passt oder nicht.« Das sehen viele genauso und applaudieren. Ein älterer Beschäftigter stört sich daran, dass Euscher Leiharbeiter »ausgrenzen« will, und erhält dafür ebenfalls Zustimmung.

Die Tariffucht der Firma – die IG Metall Bielefeld spricht von

WISSEN

»Wir ziehen nur mit Tarif!« steht auf den Euscher-Buttons

Eine Anspielung auf die Tätigkeit der Euscher-Beschäftigten, das Tiefziehen. Gemeint ist das Umformen von Blechen mittels Zugdruck in einseitig offene Hohlkörper. Bis zu drei Millimeter dickes Material aus Stahl, Aluminium oder Messing wird über Mutterformen von bis zu neun Zentimetern Höhe gepresst und gezogen.

»euschern« – bewirkt das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war: Mehr als drei Dutzend Beschäftigte treten der IG Metall bei, die große Mehrheit der Belegschaft ist jetzt gewerkschaftlich organisiert.

Kein Bittsteller. Die Belegschaft will »kein Bittsteller sein«, sagt IG Metall-Sekretär Hans-Jürgen Wentzlaff, sondern auf tarifvertragliche Übereinkünfte pochen. Und sie traut den Beteuerungen der Geschäftsführung nicht, vermutet der Betriebsratsvorsitzende Peter Borchert, hatte sie doch in den 1990er-Jahren versichert, die Tarifbindung niemals aufzugeben.

Die IG Metall setzte der Firmenleitung ein Ultimatum. Bis 30. März möge sie in die Tarifbindung zurückkehren. Nichts passierte. Am 31. März wählten die IG Metall-Mitglieder bei Euscher eine betriebliche Tarifkommission und stellten ihre Forderungen auf: Die bekannten drei – 6,5 Prozent mehr Geld, faire Leiharbeit, unbefristete Übernahme der Ausgebildeten – und eine vierte: 50 000 Euro Erholungsbeihilfe pro Jahr.

Euscher ist für eine gute Ausbildung bekannt. Dieses Image hat nun gelitten: Drei junge Leute, die im Herbst ihre Ausbildung bei Euscher beginnen wollten, sind bereits abgesprungen. ■

Norbert.Huesson@t-online.de

Mythos Multitasking

TIPP FÜR DEN JOB

Wer Multitasking drauf hat ist cool, irgendwie intelligenter als die anderen. Doch aktuelle Studien belegen: Multitasking wirkt sich bei vielen Beschäftigten eher negativ auf die Leistung aus.

Mehrere Dinge am Arbeitsplatz gleichzeitig erledigen zu können, gilt für viele als Zeichen besonders guter Fähigkeiten im Beruf. Aber aktuelle Studien belegen: Das Klischee über solche »vielseitig und simultan Begabten« ist trügerisch und bringt uns weniger als wir uns erhoffen. Zudem steigt der Stress beim Multitasking, weil man immer mehrere Dinge gleichzeitig im Blick haben muss. Dazu kommt das Umschalten von einer Aufgabe zur anderen und wieder zurück. Arbeiten werden dadurch zwangsweise unterbrochen.

Bitte nicht stören. Unterbrechungen sind Gift für den konzentrierten Arbeitsablauf. Wer so ganz nebenbei ein Telefonat führt, wird unaufmerksam. Es



kommt nicht selten vor, das man hinterher nachfragen und Missverständnisse ausbügeln muss. Und wer an einer komplexen Präsentation arbeitet und nebenher versucht, E-Mails zu beantworten, braucht zudem länger als jemand, der beides nacheinander erledigt.

Prioritäten setzen. Um immer voll auf Sendung sein zu können, sollte immer eine Aufgabe nach der anderen angegangen werden. Dafür muss man lernen, Prioritäten zu setzen und Wichtiges von Unwichtigem zu trennen.

Wer Prioritäten setzt, sieht schnell, dass er seine Arbeit nicht bei jeder neuen Anfrage sofort unterbrechen muss. Das gilt dann höchstens für wichtige und eilige Dinge, die plötzlich auf dem Schreibtisch landen. ■
Sylvia.Stahl-Schindler@igmetall.de

WISSEN

Studie zum Multitasking

Die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Stressempfinden von Beschäftigten im Zusammenhang mit Arbeitsunterbrechungen und Multitasking.

► www.baua.de
→ Publikationen

KURZ & BÜNDIG

Familienpflege-Rechner

Wie wirkt sich eine Familienpflegezeit auf das Einkommen aus? Antworten liefert der Online-Rechner des Familienministeriums. Nach Eingabe des Bruttoentgelts und gewünschter Arbeitszeitreduzierung wird die Höhe des Arbeitgeberdarlehens und die fällige Versicherungsprämie berechnet.

► www.familienpflege-zeit.de

Azubis fahren besser

Azubis und Studierende können Fahrten zur Ausbildungsstätte ab sofort voll von der Steuer absetzen: wie bei einer Dienstreise hin und zurück, statt wie bisher nur die Entfernungspauschale von 30 Cent pro Kilometer einfache Strecke. Das hat jetzt der Bundesfinanzhof entschieden. Hintergründe:

► www.hochschulinformationsbuero.de
→ Suchwort Absetzbarkeit

Spontaner Streik bei Mifa

Die Beschäftigten des Fahrradherstellers Mifa in Sangerhausen/Sachsen-Anhalt haben spontan 150 Euro mehr Lohn erstreikt. Produktionsarbeiter erhielten bisher unter 8,50 Euro je Stunde. Mifa hat weder Tarif noch Betriebsrat, erklärt die IG Metall Halle. Das soll sich nun ändern. Gespräche zur Gründung eines Betriebsrats laufen.



Die Fahrradbauer bei Mifa drehten am Rad und erstreikten mehr Geld.

Aus der Traum in Amerika

BLICK AUF DIE WELT

In Amerika wächst die soziale Kluft. Und: wer arm geboren wurde, bleibt es sehr wahrscheinlich auch.

In keiner Industrienation ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie in den USA. Nach einem Bericht des Congressional Research Service hat sie sich in den letzten Jahren vergrößert. Gleichzeitig sind die Chancen begrenzt, soziale Grenzen zu durchbrechen. Wer in einer armen Familie geboren wird, bleibt es sehr wahr-

scheinlich ein Leben lang. Ob der »amerikanische Traum« in den letzten Jahren geplatzt ist oder ob es ihn nie gab, lässt sich nicht eindeutig sagen.

Einige Zahlen deuten daraufhin, dass die Aufstiegschancen seit den 80er-Jahren gesunken sind. Also mit dem Beginn der marktliberalen Politik unter Reagan. ■



Wir haben alle mehr verdient



Foto: Stephen Petrat

Etem Sagdic, Arbeiter im Getriebewerk bei Ford, im Gespräch mit der metallezeitungs-Redakteurin: »Bei einem Warnstreik würde wohl jeder bei uns sofort mitmachen.«

Thomas Freels arbeitet bei Ford in Köln. Er ist auch in der Verhandlungskommission, die zurzeit versucht, in Nordrhein-Westfalen für die Beschäftigten ein ordentliches Tarifiergebnis herauszuholen. Damit es gut wird, müssen »alle raus aus der Bude«, sagt er. Denn diesen Monat gehen die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie wohl in die entscheidende Runde. Im »Wonnemonat« stehen die Zeichen auf Warnstreik.

VON SYLVIA KOPPELBERG

Ein Witz. Das war verlorene Zeit.« Thomas Freels, Betriebsrat bei Ford in Köln, schüttelt den Kopf, als die Arbeitgeber in der dritten Tarifrunde in Nordrhein-Westfalen ihr Angebot auf den Tisch legen. Drei Prozent mehr Geld für 14 Monate! Die IG Metall fordert 6,5 Prozent für zwölf Monate. Freels gehört zur Verhandlungskommission der IG Metall in NRW. Dort boten die Arbeitgeber am 18. April in einer Business Lounge im Kölner Fußballstadion, dem Verhandlungsort, ihren »Lösungsvorschlag«.

Gut für die Ohren der Arbeitgeber, dass die 250 Azubis von Ford, die vor der Verhandlung zum Stadion gekommen waren, um ordentlich Rabat zu machen, von dem Angebot nicht mehr vor Ort erfuhren. Sonst hätten die Männer vom Arbeitgeberverband noch mehr Dezibel

ertragen müssen. Denn bei der unbefristeten Übernahme der ausgebildeten Azubis blieben sie stur bei ihrem Nein.

Genauso wie bei den von der IG Metall geforderten Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte beim Einsatz von Leihbeschäftigten in Metallbetrieben. Branchenzuschläge für diese Leihbeschäftigten akzeptierten sie zwar. Aber dafür seien sie ja nicht zuständig, sondern die Verleihbranche. Mit deren Verbänden verhandelt die IG Metall zurzeit, um einer gleichen Bezahlung von Leih- und Stammbeschäftigten ein Stück näher zu kommen (siehe auch Seite 11).

Für die IG Metall war der »Lösungsvorschlag« der Metallarbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde keiner, der diesen Namen



Verhandlungstage sind Aktionstage: Überall im Land demonstrierten Metaller für mehr Geld, faire Leiharbeit und unbefristete Übernahme.

NÜRNBERG



Foto: IG Metall Nürnberg

BREMEN



Foto: Markus Scholz



Thomas Freels, Frank Preuß (links, im beige farbigen Shirt) und Etem Sagdic (der Große rechts hinten) diskutieren im Getriebewerk mit Kollegen: »Wir haben alle viel geleistet. 6,5 Prozent sind berechtigt.«



Fotos: Stephen Petrat

verdient. Sie wollen mehr. Schließlich wissen sie, dass die meisten Unternehmen im Schnitt heute besser dastehen als vor der Krise und dass viele Firmen 2011 Rekordgewinne eingefahren haben. Auch wenn nicht alle so erfolgreich waren wie Daimler mit seinem Sechs-Milliarden-Euro-Gewinn. Den Beschäftigten ist auch klar, dass der Erfolg nur möglich wurde, weil sie in der Krise auf Entgelt verzichtet haben.

Einige Autokonzerne zahlen ihren Beschäftigten schon Erfolgsprämien von 4000 Euro und sogar mehr. Es gibt also wieder ordentlich was zum Verteilen. Allerdings beteiligt nur eine Minderheit der Betriebe ihre Beschäftigten freiwillig durch Sonderzahlungen am Ergebnis. »Bei uns«, sagt Thomas Freels, »sehen lediglich nur die amerikanischen Manager Erfolgsprämien.« ▶▶

Thomas Freels von Ford Köln verhandelt in NRW mit: »Bei Ford sehen nur die Manager Erfolgsprämien.«

LUDWIGSBURG



Foto: Joachim Röttgers/ Graffiti

FRANKFURT



Foto: Frank Rumpenhorst



Foto: Stephen Petrat

► Die Fordianer und die große Mehrheit der Metall-Beschäftigten sind darauf angewiesen, sich ihren gerechten Anteil in den Tarifverhandlungen zu erkämpfen.

»Wir haben in den letzten Jahren viel abgegeben«, sagt Etem Sagdic. Der 43-jährige Kölner arbeitet im Getriebewerk bei Ford. Als der Konzern vor etwa sieben Jahren eine schwere Krise durchlitt, verzichteten die rund 18 000 Beschäftigten auf ein Prozent des tariflichen Lohns und auf den übertariflichen Teil ihres Weihnachtsgelds, der fast die Hälfte der Sonderzahlung ausmachte. Als die gesamtwirtschaftliche Krise kam, merkten Etem und seine Kollegen nichts davon. Dank Abwrack-

prämie brummte das Geschäft wieder. In den letzten Jahren hat Ford seinen Marktanteil erhöht, aber jetzt macht den deutschen Standorten die Krise in Europa zu schaffen. Der Absatz, unter anderem in Großbritannien und Italien, schrumpft.

6,5 Prozent finden die Kölner Autobauer trotzdem absolut richtig. »Wir haben genauso viel wie alle anderen für den Aufschwung gearbeitet«, sagt Freels. Sein Kollege Frank Preuß arbeitet in der Prototypen-Fertigung. »In der letzten großen Krise haben wir Sonderschichten gefahren, bis der Arzt kam – und trotzdem damals den moderaten Abschluss mitgetragen«, sagt er. »Darum sind jetzt, wo es mal nicht opti-

mal läuft, 6,5 Prozent auch bei uns angemessen.« Flächentarifverträge gelten für alle tarifgebundenen Betriebe und Beschäftigten einer Tarifregion. Sie sollen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst gleiche Lebensbedingungen schaffen, unabhängig davon, ob es ihrem Betrieb gerade sehr gut oder mal weniger gut geht. Schließlich müssen sie auch alle gleich viel für ihre Wohnung, für Lebensmittel, Strom und Benzin zahlen.

Allein die Spritkosten reißen dicke Löcher in die Portmonees. Wer täglich 30 Kilometer zwischen Arbeit und Wohnung pendeln muss und Super tankt, musste im Jahr 2011 rund 260 Euro mehr für den Arbeitsweg ausgeben als

Während der ersten drei Verhandlungsrunden machten bundesweit schon rund 25 000 Metallerinnen und Metaller bei Aktionen mit.

DÜSSELDORF



Foto: Thomas Range

BERLIN



Foto: Christian von Polentz/ transfoto.de

200 Jugendliche von Ford kamen zur dritten Tarifverhandlung in Köln. Die IG Metall-Jugend NRW hatte den Arbeitgebern eine große Kiste mit 57 863 Unterschriften für die unbefristete Übernahme mitgebracht.

Thomas Freels (Mitte) mit anderen Metallern bei den Verhandlungen im Kölner Stadion.



Foto: Stephen Petrat

2002. Zwischen Februar 2011 und 2012 sind die Preise für Kraftstoff um 8,9 Prozent gestiegen, die Heizkosten sogar um 17,7 Prozent. Die Wirtschaftsexperten rechnen damit, dass das Wachstum dieses Jahr vor allem vom privaten Konsum im Inland ausgeht. Lohnerhöhungen sind dabei aus wirtschaftlicher Sicht gerade in diesem Jahr vertretbar. Darin sind sich in dieser Tarifrunde sogar mal viele Volkswirte einig.

Aber wie es aussieht, setzt sich die wirtschaftliche Vernunft nicht von alleine durch. Thomas Freels sieht noch dicke Steine auf dem Weg zum Erfolg. Die größten Brocken sind die unbefristete Übernahme und mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitnehmern. »Ohne Lösungen zu diesen Forderungen gibt es keine Einigung.«

»Um ein gutes Ergebnis zu bekommen, müssen uns die Beschäftigten massiv unterstützen«, sagt er. Aber das wissen sie auch. Schon in den ersten drei Runden haben sich an die 25 000 IG Metall-Mitglieder warmgelaufen und vor den Verhandlungslokalen Aktionen veranstaltet. Azubis hatten – als Bräute und Bräutigame gekleidet – auf »Hochzeitsmessen« erklärt: »Wir wollen uns binden«. Sie meinten: per unbefristeter Übernahme. Andere Metalller hatten Wälle und »Stafetten gegen das Prekariat« gebildet

oder auf andere Art, oft ziemlich phantasievoll, klar gemacht, dass sie es ernst meinen mit den geforderten 6,5 Prozent mehr Geld, fairerer Leiharbeit und Übernahme.

Schon vor dem Ende der Friedenspflicht am 28. April hatten Metalller in einer Reihe von Betrieben Aktionen für die Nacht vom 28. auf den 29. April vorbereitet. Bei der IG Metall und in den Firmen waren die Pläne für Warnstreiks ab 2. Mai fertig. »Ich habe keine Zweifel, dass bei uns jeder mitmacht«, sagt Etem Sagdic. Im Gegenteil. Freels glaubt: »Manche sind richtig heiß darauf, den Arbeitgebern zu zeigen, dass sie bereit sind, für ein gutes Ergebnis zu kämpfen.« ■

Im Internet kann man sich über den aktuellen Stand der Verhandlungen informieren:

► www.igmetall.de/metall-tarifrunde-2012

Viele Fotos von Aktionen gibt es unter:

► www.flickr.com/photos/igmetall



Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

DAS »ANGEBOT«



Was die Arbeitgeber am 18. April in NRW geboten haben und wie IG Metall-Verhandlungsführer Oliver Burkhard das bewertet:

Lohnerhöhungen:

Die Arbeitgeber bieten drei Prozent für 14 Monate Laufzeit. Die IG Metall findet das »absolut ungenügend. Das gute Jahr 2011 und die soliden Aussichten für 2012 spiegeln sich darin überhaupt nicht wider.«

Leiharbeit:

Die Arbeitgeber »befürworten« Verhandlungen mit der Verleihbranche über Branchenzuschläge. Aber für Regelungen in den Metall-Tarifverträgen (also mehr Mitbestimmung der Betriebsräte) sehen sie »keinen Raum«.

Die IG Metall bleibt dabei:

Betriebsräte müssen eingreifen können, wenn Leiharbeit im Betrieb missbraucht wird, etwa, um Stammarbeitsplätze zu ersetzen.

Übernahme:

Die Arbeitgeber lehnen es ab, sich tariflich zu verpflichten, Ausgebildete unbefristet einzustellen.

Die IG Metall bleibt »entschlossen, die unbefristete Übernahme zur Regel zu machen«.

Burkhard: »Die Arbeitgeber haben die Friedenspflicht ungenutzt verstreichen lassen. Sie haben als nächsten Verhandlungstermin erst den 11. Mai angeboten.«

Stand zum Redaktionsschluss der metallzeitung am 19. April.

RADEBEUL



Foto: André Wirsig

BRAUNSCHWEIG



Foto: Walter Schmidt/Novum



Thermenlandschaft des Johannesbades

Viele
Inklusiv-
leistungen

6-tägige Reise
ab € **199,-** p. P.
statt ~~349,-~~ €

3 % Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende



2 wohltuende Rückenmassagen inklusive

Deutschlands Urlaubsort Nr. 1 zum Sparpreis

Erleben Sie Erholung pur und lassen Sie den Alltag hinter sich! Baden und entspannen Sie im weltbekannten Johannesbad und genießen Sie die heilsame Wirkung der natürlichen Schwefelquelle.

Ihre Hotels

Das beliebte **Kurhotel Königshof** liegt zentral in Bad Füssing, das idyllisch gelegene **Vital-Hotel Jagdhof** befindet sich in der Nachbargemeinde Kirchham (kostenloser, regelmäßiger Buspendelverkehr). Die **Nichtraucherzimmer** sind mit Bad oder Dusche/WC, Haartrockner, Telefon, TV mit Radio, Kühlschrank, Terrasse oder Balkon ausgestattet. Ihre **Halbpension** besteht aus Frühstücks- und Abendbuffets inkl. Tischgetränken (offene Hausweine, Bier, Softdrinks, Mineralwasser).

Entspannen Sie in der **4.500 qm großen Thermenlandschaft des weltbekannten Johannesbades** in insgesamt 13 Becken mit unterschiedlichen Temperaturen und Funktionen.

(Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr.)



Ihr Vital-Hotel Jagdhof



Ihr Kurhotel Königshof

Termine und Preise 2012 pro Person im DZ in €

Reisezeiträume (Anreise: Montag)	6 Tage / 5 Nächte	
	Vital-Hotel Jagdhof	Kurhotel Königshof
A 10.12. – 17.12.12	199,- 349,-	239,- 359,-
B 19.11. – 03.12.12	229,- 379,-	259,- 399,-
C 29.10. – 12.11.12	239,- 379,-	269,- 399,-
D 21.05. – 28.05.12	299,- 399,-	359,- 419,-
E 04.06. – 10.09.12	339,- 419,-	379,- 439,-

Kennziffer: 55571 Buchungscodes: D94A02Q Buchungscodes: D94A01Q

Die gestrichelten Preise entsprechen dem regulären Preis der Einzelleistungen.

- Inkl. 5 x Halbpension mit Tischgetränken
- Inkl. 4 x Thermeneintritt
- Inkl. 2 x Massage



Inklusivleistungen pro Person

- 5 Übernachtungen im gebuchten Hotel im Doppelzimmer
- Halbpension wie beschrieben
- 4 x Eintritt in die Johannesbad Thermo (inkl. Thermal-Schwefelgasbäder)
- 2 x Rückenmassage (je ca. 20 Min.)
- Nutzung des hoteleigenen Wellnessbereiches
- Vorteile der Kur- und Gästekarte im Wert von 100,- € (z. B. Teilnahme am geführten Rad- und Wanderprogramm u. v. m.)
- Teilnahme an ärztlichen Vorträgen und Kursen
- Reiseleitung und Servicebüro vor Ort

Wunschleistungen pro Person

- Bahnreise zum Bahnhof Pocking und zurück ab 44,- € (Taxi-Transfer vom Bahnhof zum Hotel in Eigenregie)

Zusätzliche Kosten (vor Ort zahlbar):
Kurtaxe von ca. 2,40 € p. P./Tag)



Zimmerbeispiel Jagdhof



Zimmerbeispiel Königshof

Im Spag

ZU BESUCH BEI GÜLABI ERKOÇ

Gülabi Erkoç hat keine Angst vor dicken Brettern. Ob als Taekwon-Do-Meister, Brückenbauer zwischen Muslimen, Christen und Juden, im Einsatz gegen Leukämie oder bei der Gründung eines Betriebsrats in der Firma. Erkoç ist immer im Spagat für Menschen.

Ein Sprung im Spagat. Ein Tritt in zwei Metern Höhe. Das Brett ist durch. Gülabi Erkoç, Taekwon-Do-Meister des vierten »Dan«, trainiert jeden Abend nach der Arbeit Schüler in seiner Taekwon-Do-Schule in Garmisch-Partenkirchen am Fuß der Alpen. Traditionelle Kampfkunst ohne Kontakt, betont er. »Es geht hier nicht um Schlagen, Angst oder wer der Stärkere ist – sondern um Gesundheit, Konzentration und Respekt. Das will ich vor allem Jugendlichen vermitteln.«

Durch dicke Bretter geht der Oberbayer mit türkischen Wurzeln auch in seiner Firma, ein Prototyp- und Medizintechnikbetrieb mit 44 Beschäftigten, wo er als Messtechniker in der Qualitätssicherung arbeitet. Hier hat Erkoç vor zwei Jahren mit Gleichgesinnten erstmals einen Betriebsrat gegründet. »Eines Tages kamen ein paar Kollegen zu mir ins Büro und fragten: Willst Du Betriebsratsvorsitzender werden? Und ich sagte ohne nachzudenken: Ja, klar. Und erst danach fragte ich: Weshalb eigentlich genau?«

Große Unterschiede bei den Löhnen, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Hier waren wirklich dicke Bretter durchzutreten und ein Betriebsrat dringend nötig. Doch die Geschäftsleitung sah das anders und nahm Erkoç und die anderen Initiatoren beiseite: Betriebsrat?

at durch dicke Bretter

Muss das sein? Reichen nicht erstmal Belegschaftssprecher?

»Belegschaftssprecher? Und welche Rechte haben die dann?«, erwiderte Erkoç. Sie zogen die Betriebsratswahl durch. »Hürden und Steine bin ich ja vom Taekwon-Do schon gewohnt«, scherzt der heutige Betriebsratsvorsitzende. »Aber das ist schon interessant: Leuten, die hunderttausende Euro verdienen, auf Augenhöhe gegenüberzusetzen – und zu sehen: Die kochen auch nur mit Wasser.«

Mithilfe der IG Metall haben sie in den letzten beiden Jahren bereits sechs Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. Nun verhandeln sie über einen Haustarifvertrag mit faireren Arbeitsbedingungen. 26 der 44 Beschäftigten sind mittlerweile Mitglied der IG Metall. »Das haben wir den Leuten erklären können: Um einen Tarifvertrag zu holen, brauchen wir genug Mitglieder.«

Brücken bauen. Respekt statt Angst. So wie er Taekwon-Do vermittelt, versucht der gläubige Muslim auch zwischen Türken und Deutschen, Muslimen und Christen zu vermitteln. Seine Frau und er engagieren sich in der türkischen Gemeinde und im Vorstand der Moschee in Garmisch-Partenkirchen. Seine Frau unterrichtet Islamkunde. Erkoç baut Brücken: Die Gemeinde sammelt und spendet für deutsche Kindereinrichtungen. Und die Moschee öffnet die Türen. Kürzlich war die SPD-Ortsgruppe hier zu einer offenen, kritischen Diskussion über den Islam. Demnächst kommt sogar eine jüdische Gruppe vorbei. Den Kontakt knüpfte Erkoç vor ein paar Wochen beim religiösen Dialog auf dem »jüdisch-bayerischen Stammtisch«, wo er vorbeikam und mitdiskutierte. »Wir sind alle Menschen. Wir müssen einfach ins Gespräch kommen und uns helfen.«

Gut wenn schon Kontakte da sind: Einer der Organisatoren ist sein Taekwon-Do-Schüler.



Taekwon-Do-Meister Gülabi Erkoç tritt Bretter in zwei Meter Höhe durch. Im Betriebsrat geht der Muslim und Metaller dicke Bretter eher mit Ausdauer an.

Menschen helfen. Anfang Dezember klingelte das Telefon. Die bayerische Knochenmarkspenderdatei hat einen Leukämie-Kranken, mit dem Erkoç Stammzellen kompatibel sind. In der Knochenmarkspenderdatei war er schon seit einigen Jahren gespeichert, seit einer Typisierungaktion für einen leukämiekranken Taekwon-Do-Kollegen. Damals hatten seine Stammzellen nicht zum Empfänger gepasst. Jetzt jedoch ist es soweit. »Ich war sehr bewegt. Endlich konnte ich einem Menschen das Leben retten«, erzählt Erkoç.

Drei Tage musste er dafür in die Klinik. Dort wurden ihm Stammzellen entnommen. »Ich wünschte, alle würden das machen. Viele jedoch haben Angst. Dabei läuft die Typisierung völlig unkompliziert über eine Speichelprobe. Und selbst die Spende ist völlig ungefährlich. Die entnehmen Dir da kein Rückenmark, wie viele glauben, sondern Stammzellen aus der Blutbahn und dem Beckenknochenmark.«

Seinen Stammzellen-Empfänger kennt Erkoç (noch) nicht. Er hofft, dass er eines Tages Kontakt aufnimmt. »Aber ich weiß, dass er oder sie lebt.«

Leben im Spagat. Erkoç selbst lebt voll durchgetaktet. Seit Anfang des Jahres ist er auch Delegierter seiner IG Metall vor Ort, der Verwaltungsstelle Weilheim.

Da bleibt oft wenig Zeit für Freunde und Familie. Seine zwei Töchter sieht er unter der Woche oft nur abends im Taekwon-Do-Training. Nur sonntags, wenn seine Frau tagsüber in der Moschee unterrichtet, gehört Erkoç voll und ganz seinen Töchtern.

»Ich bin meiner Familie und vor allem meiner Frau sehr dankbar, dass sie diesen ständigen Spagat mitmachen. Hinter einem schwachen Mann steht eben immer eine starke Frau.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Foto: Gerhard Blank / Büro für Fotografie & Bildbearbeitung

Ene mene meck – und Du bist weg

WAS MICH BESCHÄFTIGT

metallzeitung traf Jens Walendowski. Er weiß, wie es ist, nach der Ausbildung arbeitslos zu sein. Darum kämpft er für die unbefristete Übernahme der Azubis.

Jens, Du engagierst Dich in der IG Metall für die unbefristete Übernahme der Azubis. Warum?

Jens Walendowski: Gerade weil ich selbst negative Erfahrungen gemacht habe, kann ich nur immer wieder betonen: Die unbefristete Übernahme hat eine sehr große Bedeutung für junge Menschen.

Wie war das denn bei Dir? Hast Du nach der Ausbildung keinen festen Job bekommen?

Walendowski: Nein. Das war eine unangenehme Situation damals. Während meines Urlaubs in der Weihnachtszeit erhielt ich einen Anruf von meinem Meister. Die »frohe Botschaft« lautete praktisch: »Ene mene meck – und Du bist weg.« Erst sollte keiner von uns fünf Azubis übernommen werden, obwohl Arbeit da war. Später erhielten drei einen befristeten Vertrag. Zwei gingen ganz leer aus. Auch ich.



Foto: Privat

Für Jens Walendowski, 23, gab es nach seiner Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker keine Übernahme.

Hattet Ihr keinen Betriebsrat, der Euch geholfen hat?

Walendowski: Zwar hatten wir offiziell einen Betriebsrat. Doch der vertrat zur Hälfte die Interessen der Geschäftsleitung. Meinen Vorschlag zur Gründung einer Jugendvertretung hat die Geschäftsleitung schlichtweg sabotiert. Die IG Metall jedoch war immer an meiner Seite, um die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb voranzutreiben. Ich war schon damals sehr aktiv. Aber das war eben unerwünscht. Ich hatte keinerlei Rückhalt im Betrieb.

Wie ging es für Dich weiter?

Walendowski: Ich war monatelang arbeitslos. Jobangebote gab es nur bei Leiharbeitsfirmen. Ich war verzweifelt. Dann fand ich eine Anstellung. Die brachte mir aber nicht viel Glück. Mobbing, zermürbender Dauerstress und zig unbezahlte Überstunden waren an der Tagesordnung. Kurz vor Ende der Probezeit bekam ich dann auch noch die Kündigung. Und ich war wieder arbeitslos.

Hast Du inzwischen einen neuen Job gefunden?

Walendowski: Zum Glück: ja. An meiner jetzigen Arbeitsstelle herrschen faire Arbeitsbedingungen, mit Möglichkeiten zur Weiterbildung. Wenn es weiter so gut läuft, besteht die Möglichkeit, dass aus meinen befristeten Vertrag ein unbefristeter wird. ■

Adem Bulut für metallzeitung@igmetall.de



Im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen sind Warnstreiks ein bewährtes Druckmittel. Und sie sind rechtlich zulässig.

Warnstreik – Dein gutes Recht

GUTER RAT

Mit Warnstreiks unterstützen Beschäftigte die Tarifforderung ihrer Gewerkschaft. Beginn und Dauer eines Warnstreiks legt die jeweilige IG Metall-Bezirksleitung fest.

6,5 Prozent mehr, die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung für alle Azubis und mehr Mitsprache für Betriebsräte bei der Leiharbeit – das fordert die IG Metall für rund 3,6 Millionen Beschäftigte in ihrer aktuellen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Bereits seit Anfang März wird in verschiedenen Tarifgebieten mit den Arbeitgebern verhandelt. Bisher ohne Ergebnis. Sobald die Friedenspflicht endet, kann die IG Metall zum Warnstreik aufrufen.

Mit Warnstreiks beteiligen sich Beschäftigte aktiv an den Tarifverhandlungen. Sie stärken und stützen nicht nur die Position ihrer Gewerkschaft, sondern üben auch öffentlich Druck auf die Arbeitgeber aus. Doch was können die Aktionen noch bewirken? metallzeitung beantwortet die wichtigsten Fragen rund um den Warnstreik.

Was ist ein Warnstreik?

Warnstreiks sind befristete Arbeitsniederlegungen von einigen



Illustration: Gerald Moll

Stunden. Damit wollen IG Metall und die Beschäftigten die Arbeitgeber zu einem Angebot bewegen oder gegen ein zu geringes Angebot protestieren. Warnstreiks sind ein effektives Druckmittel, um gute Tarifstandards durchzusetzen.

Sind Warnstreiks erlaubt?

Ja. Doch bevor die IG Metall zum Warnstreik aufrufen kann, muss die Friedenspflicht abgelaufen sein. Warnstreiks sind wie Vollstreiks verfassungsrechtlich als Grundrecht garantiert. Das Streikrecht leitet sich ab von der »Koalitions- und Vereinsfreiheit«, das im Grundgesetz verankert ist (Artikel 9, Abs 3). Darum darf sich jeder Arbeitnehmer an einem Warnstreik beteiligen – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht. Niemand muss arbeitsrechtlichen Konsequenzen befürchten. Denn Arbeitgeber dürfen die Warnstreikenden nicht maßregeln und weder während der Arbeitsniederlegung noch danach kündigen.

Dürfen die Azubis mit zum Warnstreik?

Alle Azubis dürfen sich außerhalb des Berufsschulunterrichts

+ TIPPS

Jetzt Stärke zeigen

Was Ihr noch wissen müsst:

- **Beginn und Dauer**
Zum Warnstreik ruft die IG Metall auf. Mit dem Aufruf werden Uhrzeit, Dauer und in der Regel auch Treffpunkt für die Aktion vor Ort festgelegt.
- **Mobilisierung**
Mit Warnstreiks demonstrieren die IG Metall und die aufgerufenen Beschäftigten ihre Entschlossenheit, für ihre Forderung zu kämpfen.
- **IG Metall-Betriebsräte**
Betriebsratsmitglieder dürfen sich in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder an Warnstreiks beteiligen.
- **Die IG Metall vor Ort**
Infos zu Warnstreikaktionen erhaltet Ihr über Eure IG Metall-Verwaltungsstelle. Die Kontaktdaten findet Ihr unter:
www.igmetall.de/vor-ort

an einem Warnstreik beteiligen. Schließlich fordert die IG Metall auch für sie tarifliche Verbesserungen. Und zwar mehr Geld und die unbefristete Übernahme, für alle, ab sofort.

Was ist die Friedenspflicht?

Friedenspflicht bedeutet, dass während der Laufzeit eines gültigen Tarifvertrages keine Arbeitskampfmaßnahmen durchgeführt werden dürfen. Die Friedenspflicht endet zeitgleich mit dem Tarifvertrag. In der Metall- und Elektroindustrie lief die Frist vier Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages ab, und zwar am 28. April um 24 Uhr. Warnstreiks sind also ab sofort möglich. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Aktuelle Berichte, Bilder und Hinweise rund um die Tarifrunde gibt es auf:

► www.igmetall.de/metall-tarifrunde-2012

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:



KURZ & BÜNDIG

Medien machen

Das »Handbuch Medien machen« richtet sich an Leute in Gewerkschaften, Parteien und Non-Profit-Organisationen. Es wurde von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern geschrieben, die professionelle Medienarbeit machen. Durch leicht verständliche Texte lernt man, mit recht einfachen Mitteln gute Medienarbeit zu machen. Natürlich macht dieses Buch aus dem Leser keinen Kommunikationsexperten, aber es gibt einen Überblick, der Lust am Schreiben weckt. Das Handbuch ist ein sehr empfehlenswerter Ratgeber für alle, die ihre Öffentlichkeitsarbeit besser machen wollen. Preis: 19,90 Euro, 224 Seiten. ISBN: 978-3-89472-731-4.

Der Blog zum Buch:

► <http://handbuchmedien.de/wordpress/>



Das Handbuch Medien macht Lust aufs Publizieren.

IGeL-Leistungen prüfen

Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) sind ärztliche Privatleistungen, die gesetzlich Versicherte selbst zahlen. Zu den häufigsten Angeboten zählen Glaukom-Vorsorgeuntersuchung beim Augenarzt. Über Nutzen und Schaden solcher Leistungen informiert jetzt ein Internetportal und unterstützt Patienten dabei, sich für oder gegen die IGeL zu entscheiden.
 ► www.igel-monitor.de



Foto: Uli Deck / Picture-Alliance

Für viele wäre ohne BAFöG ein Studium nicht finanzierbar.

Rasch zahlen, viel sparen

BAFÖG- DARLEHEN

Wer für das Studium vom Staat BAFöG erhalten hat und die Schulden vorzeitig oder auf einen Schlag tilgt, kann viel Geld sparen. Für schnelle und clevere Absolventen gibt es bis Ende 2012 sogar noch weitere Nachlässe.

Wer sich Geld pumpt, muss es irgendwann zurückzahlen – meist in einem bestimmten Zeitraum. Ex-Studenten, die ein Staatsdarlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) erhalten haben und dieses vorzeitig ganz oder teilweise tilgen, bekommen einen Teil der Schulden erlassen. Der Rabatt steigt mit dem Betrag, der früher zurückgezahlt wird und kann bis zu 50 Prozent betragen. Auf der Internetseite www.bafog-rechner.de lässt sich herausfinden, wie hoch ein Rabatt ausfällt. Nachrechnen lohnt sich für alle, die dem Staat weniger als 10 000 Euro schulden (oder nur knapp darüber liegen). Beispiel: Beläuft sich die

Verbindlichkeit auf 8500 Euro und man tilgt diese auf einen Schlag, sind nur noch 6333 Euro zu zahlen.

Für alle, die nach dem 28. Februar 2001 ein Studium begonnen haben oder künftig aufnehmen, gilt eine neue Regel, sodass sich der »Schnellzahler-Rabatt« eher nicht rechnet. Denn egal, wie hoch das Darlehen während des Studiums war: Zurückzahlen muss man insgesamt nur maximal 10 000 Euro.

Bescheid vom Bund. Die erste Rate ist fünf Jahre nach Ablauf der Regelstudienzeit fällig. Absolventen erhalten etwa sechs Monate vorher einen Bescheid vom Bundesverwaltungsamt. Darin sind die Ge-

samtschuld, die Höhe der monatlichen Rate und der erste Zahlungstermin festgelegt. Das zinslose Darlehen ist in gleich bleibenden monatlichen Raten von mindestens 105 Euro zu tilgen, längstens 20 Jahre lang. Wer weiterhin BAFöG bezieht, kann sich auf Antrag von der Zahlung freistellen lassen. Gleiches gilt, wenn das Nettoeinkommen unter dem Freibetrag von 1070 Euro im Monat liegt.

Ex-Studis, die zurzeit noch zu wenig Geld auf der hohen Kante haben um ihr Darlehen ganz oder teilweise zu zahlen, starten erstmal mit ihrer Monatsrate. Wer zu einem späteren Zeitpunkt in der Lage ist, die Schuld doch auf einen

Schlag zu tilgen, kann den Rabatt auch dann noch beantragen.

Weitere Rabatte. Wer sein Studium vorzeitig abschließt oder zu den besten 30 Prozent seines Prüfungsjahrgangs gehört, erhält zudem einen sogenannten Teilerlass. Bei schnellem Abschluss zwischen 2560 und 1025 Euro. Der Rabatt für besondere Leistungen liegt bei maximal 25 Prozent. Die Teilerlasse werden 2013 abgeschafft und gibt es nur noch für jene, die mit ihrem Studium bis Ende 2012 fertig sind. Die Anträge sind spätestens einen Monat nach Erhalt des Rückzahlungsbescheides zu stellen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

TIPP

Erlass beim Meister-BAFöG
Beim sogenannten Meister-BAFöG gilt das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz:

- **Der Maßnahmenbeitrag**
Handwerker und andere Fachkräfte, die den Meister machen wollen, können eine Förderung beantragen. Für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren gibt es den sogenannten Maßnahmenbeitrag von bis zu 10 226 Euro – davon 30,5 Prozent als Zuschuss. Den Rest als Darlehen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).
- **Mindestrate und Dauer**
Das Darlehen ist während und maximal sechs Jahre nach der Fortbildung zins- und tilgungsfrei. Dann ist die Schuld innerhalb von zehn Jahren mit einer Mindestrate von 128 Euro im Monat zu zahlen.
- **25 Prozent Erlass**
Nach dem Abschluss erlässt die KfW 25 Prozent des Darlehens auf den Maßnahmenbeitrag. Förderinfos und Anträge: www.meister-bafog.de

Wenn Chefs »spionieren«

PROFIL IM INTERNET

Gut jeder zweite Personalchef informiert sich über Stellenbewerber im Internet. Darum sollte jeder darauf achten, dass dort nur Gutes über ihn verbreitet wird.



Foto: A. Kirch/panthermedia.net



Foto: S. Belyakov/panthermedia.net



Foto: T. Kempe/panthermedia.net



Foto: S. Khackimullin/panthermedia.net

Das Internet ist unerbittlich: Was drin ist, bleibt meist auch drin.

Die schriftliche Bewerbung gefällt dem Arbeitgeber. Sie ist ordentlich verfasst, die Zeugnisse sind gut, das Foto wirkt seriös. Aber dann findet er im Internet Bilder von vor sechs Jahren, die den Bewerber bei einem Besäufnis zeigen und in schrägen Klamotten. Oder er findet freimütige Meinungsbeiträge in Blogs und Foren, die er lieber nicht lesen sollte. 52 Prozent aller Arbeitgeber oder Personal-

chefs, die eine Stelle neu besetzen wollen, machen sich per Internet, zum Beispiel über Google und bei Facebook, ein Bild über die Bewerberinnen und Bewerber.

Wer wissen will, was über ihn im Netz steht, erhält über Suchmaschinen wie Google, Bing oder 123People einen schnellen Überblick. Aber Bilder sowie Wortbeiträge wieder aus dem Netz verschwinden zu lassen, ist schwierig.

Zwar gelten die Persönlichkeits- und Urheberrechte auch in den sozialen Netzwerken, bestätigt der Juraprofessor Dieter Wedde. Jeder hat ein Recht am eigenen Bild und Wort und kann von Google oder anderen Anbietern verlangen, dass sie Texte und Fotos löschen. Aber praktisch ist es fast unmöglich, etwas, das sich im Netz verbreitet, wieder zurückzuholen. Professionelle Agenturen, die auf so etwas spezialisiert sind, sind teuer und »bieten auch keine Sicherheit, weil immer wieder etwas aus den Tiefen des Netzes hochkommen kann«, sagt Wedde.

Vorbeugen. Die einzige wirksame Methode zu verhindern, dass Interneteinträge bei der Jobsuche Schaden anrichten, ist: Sich immer genau überlegen, was man im Netz von sich preisgibt. Meinungen zum Beispiel nicht unter dem echtem Namen verbreiten, sondern unter einem erfundenen. Und ein eigenes Profil aufbauen: Neben der eigenen Webseite lassen sich dafür berufliche Netzwerke wie Xing oder LinkedIn und Portale wie Monster nutzen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Fernunterricht – den richtigen Kurs finden

Fernunterricht ist für viele Erwachsene die einzige Möglichkeit, sich berufsbegleitend weiterzubilden. Ob Informatik, Sprachen oder Betriebswirtschaft – fast alle Themen lassen sich aus der Ferne lernen. Jedoch erfordert die Lernform Disziplin, einen langen Atem und die Fähigkeit, sich selbst stets aufs Neue zu motivieren. Denn

der Unterricht erfolgt – wie der Name schon sagt – aus der Ferne. Doch nicht jeder ist ein Typ für diese Art von Lernen. Klar ist: Wer nicht gerne alleine büffelt, ist falsch im Fernkurs. Wer nicht gerne liest und schreibt ebenso. Denn das Lehrmaterial besteht vor allem aus schriftlichen Unterlagen, die jeder alleine bearbeitet.

Ein Leitfaden »Fernunterricht« der Stiftung Warentest zeigt, wie man den richtigen Kurs findet, verrät Tricks, um Lernkrisen zu überwinden und klärt über die Unterschiede beispielsweise zwischen einem Hochschulzertifikat und einem Diplom auf. PDF-Dokument zum Herunterladen:

► www.test.de/wbinfodok

KURZ & BÜNDIG

Fragen zur Anerkennung

Um Menschen bei Fragen zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse besser beraten zu können, hat das Bildungsministerium eine Telefon-Hotline eingerichtet. Interessierte erhalten dort in deutscher oder englischer Sprache Auskunft über die einzelnen Schritte und Voraussetzungen der beruflichen Anerkennung. Die Hotline ist montags bis freitags von 9 bis 15 Uhr erreichbar.

► **Telefon: 030 – 18 15-11 11**



Foto: Fancyl/Flonline

Die neuen Büro-Profis: Fachleute für Büro- und Projektorganisation.

Neue Büro-Fortbildung

»Fachkaufmann/Fachkauffrau für Büro- und Projektorganisation« heißt ein neuer Weiterbildungsgang im Bürobereich. Zugang haben Kaufleute mit mindestens dreijähriger Ausbildung und einem Jahr Berufspraxis, sowie Quereinsteiger aus anderen Berufen mit mindestens zwei Jahren Erfahrung. Inhaltliche Schwerpunkte sind Büroleitung und Prozessmanagement. Gut aus Sicht der Gewerkschafts-Experten, die den Weiterbildungsgang mitgestaltet haben: Der Abschluss berechtigt die Fachkaufleute zum Hochschulstudium. Und: Sie erwerben zugleich die Ausbilddereignung, und sind damit zur Ausbildung im Betrieb berechtigt. Details im Berufsbildungsportal der IG Metall:

► www.igmetall-wap.de
→ Weiterbildung

Arbeitgeber legen erstes Angebot vor



POLO

Karikatur: André Poloczek



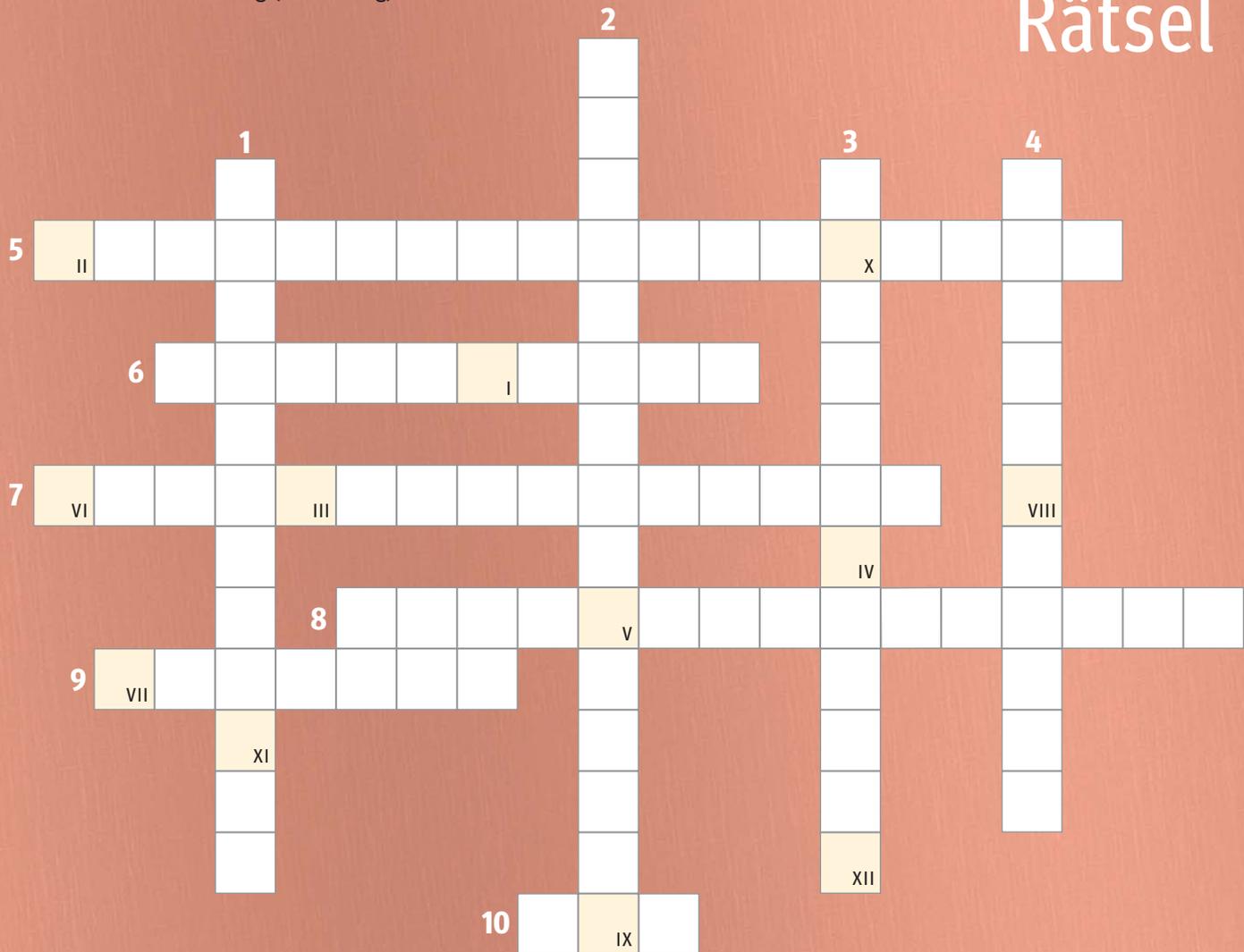
WAAGERECHT

- 5 Organisation, die mit einer Gewerkschaft Tarifverträge aushandelt
- 6 Befristete Arbeitsniederlegung
- 7 Aktive Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb
- 8 Demokratisch gewähltes Gewerkschafts-Gremium, das Tarifforderungen beschließt
- 9 Lohn und Gehalt (Sammelbegriff)
- 10 Manteltarifvertrag (Abkürzung)

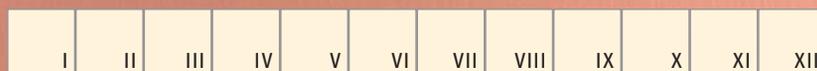
SENKRECHT

- 1 Dachverband der Metall-Arbeitgeber
- 2 Innerhalb dieser Zeit sind Arbeitskampfmaßnahmen verboten. Es gilt die ...
- 3 Befragung der Gewerkschaftsmitglieder vor einem unbefristeten Arbeitskampf?
- 4 Die IG Metall fordert: Azubis sollen nach der Ausbildung in feste Jobs übernommen werden. Für wie lange?

Rätsel



LÖSUNGSWORT:



DIE PREISE

1. Eine japanische Tischler-Klappsäge



2. »Italienisch in 4 Wochen« – Pons-Lernbuch und MP3-CDs



3. Ein IG Metall-Fußball »Respekt«



Bitte die Lösung bis zum **23. Mai** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: **Redaktion metallzeitung**, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de